

Bela gerungs zustand

Der globale Kapitalismus
und die sozialistische Alternative



EINE BROSCHÜRE DER SOZIALISTISCHEN ALTERNATIVE (DEUTSCHLAND)
UND DER SOZIALISTISCHEN LINKSPARTEI (ÖSTERREICH)

Editorial

Die vorliegende Broschüre enthält zwei Texte, die beide im Mai 2001 in englischer Sprache erschienen sind.

Der erste Text ist ein Statement des Internationalen Sekretariats des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI, Committee for a Worker's International - CWI). Er beschäftigt sich mit dem gegenwärtigen Belagerungszustand in dem sich die internationalen Institutionen des Kapitalismus durch die sich ausweitende Antiglobalisierungsbewegung befindet. Der Text versucht einerseits eine genaue Analyse der Situation zu liefern, bietet aber auch Lösungen und Strategien für die Bewegung.

Im Anschluss findet sich noch ein Artikel aus dem Monatsmagazin der CWI-Sektion England & Wales, dem Socialism Today. In seinem Artikel geht Peter Taffee, Generalsekretär der Socialist Party mit den bekanntesten Köpfen und Theorien in der Antiglobalisierungsbewegung.

Die deutsche Version der Broschüre ist in Zusammenarbeit der österreichischen und der deutschen Sektion des CWI entstanden. Auf diesem Wege herzlichen Dank an die ÜbersetzerInnen.

Es bleibt nur noch viel Spass beim Lesen zu wünschen und Sie/Dich aufzufordern, die Ideen des CWI mit uns zu diskutieren. Kontaktmöglichkeiten und weitere Informationsmöglichkeiten finden Sie/ findest Du auf den letzten Seiten dieser Broschüre.

Impressum

Medieninhaberin, Herausgeberin, Verlegerin:

Sozialistische LinksPartei
Kaiserstraße 11-14, A - 1070 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

Druck: Eigenvervielfältigung

Layout & Grafisches Design: Harald Mahrer, Wien

Einleitung

Belagerungs- zustand

Der globale Kapitalismus
und die sozialistischen Alternative



Während wir in Druck gehen, hat die Weltbank gerade die Absage ihrer Konferenz bekannt gegeben, die Ende Juni in Barcelona, Spanien, stattfinden sollte. Diese Maßnahme wurde ergriffen, weil die Organisatoren eine weitere antikapitalistische Massendemonstration von Jugendlichen, GewerkschafterInnen und Umweltgruppen befürchteten. Dies bedeutet einen großen Erfolg für die antikapitalistische Bewegung und zeigt dass sich die wichtigen kapitalistischen Institutionen ... im Belagerungszustand befinden!

Die britische Zeitung Guardian schreibt, dass in der Türkei "Gewerkschaftsführer sagen, dass in diesem Jahr mehr als 500.000 Menschen ihre Arbeit verloren haben, die meisten von ihnen seit Einsetzen der Wirtschaftskrise im Februar."

Auf der anderen Seite hat im benachbarten Griechenland "die größte Mobilisierung der Arbeiterklasse der letzten Jahrzehnte stattgefunden. Sie hat jede einzelne Stadt und nicht nur Athen ergriffen. Sie hat zum völligen Stillstand von allem überall geführt. Es hat in Griechenland im letzten Jahrzehnt viele Generalstreiks gegeben. Sicherlich insgesamt mehr als 20. Aber keiner von ihnen war vergleichbar mit dem letzten am 26.April!" [aus der sozialistischen Zeitung Xekinimia - Voran - herausgegeben vom Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI, englisch Committee for a Workers' International - CWI) in Griechenland]

Diese Ereignisse, ebenso wie die revolutionären Aufstände in Ecuador im Februar 2000 und in Serbien im Oktober sowie die weltweiten antiglobalisierungs-, antikapitalistischen Proteste, sind der Grund warum das KAI/CWI - Manifest "Im Belagerungszustand! Der globale Kapitalismus und die sozialistische Alternative" zu diesem Zeitpunkt produziert worden ist. Sie markieren den Beginn eines neuen Kapitels im Kampf der Arbeiterklasse und der Jugend weltweit, der durch die heraufziehende Wirtschaftskrise verstärkt werden wird.

Die US-Wirtschaft war der Atlas, der die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft auf seinen Schultern getragen hat, insbesondere im letzten Jahrzehnt. Die dramatische

Abschwächung in der US-Wirtschaft besonders im Produktionssektor - mit fast 166.000 Arbeitsplätzen, die allein im April diesen Jahres vernichtet worden sind - zeigt, dass sich die Welt am Beginn einer ernsthaften kapitalistischen Krise befindet, deren Folgen von den arbeitenden Menschen getragen werden wird.

Diese werden aber die unausweichlichen Massenentlassungen und das drastische Absinken des Lebensstandards nicht schweigend über sich ergehen lassen. Das hat sich bereits bei den Massenaufständen von ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen in Ecuador gezeigt, die das Pseudo-Parlament der Großgrundbesitzer und Kapitalisten zeitweise zur Seite geschoben haben, die wirkliche Macht in ihren Händen hielten und versuchten, eigene Herrschaftsorgane aufzubauen. In der Türkei hat nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die Mittelklasse - LadenbesitzerInnen und TaxifahrerInnen - demonstriert und "randaliert", alle haben ihre "weitverbreitete Wut darüber, wie die Politiker auf die Krise reagiert haben", gezeigt. Ein Ladenbesitzer aus Istanbul erklärte: "Wir vertrauen keinem von ihnen mehr."

Ereignisse wie dieses und die großartige Bewegung der griechischen ArbeiterInnen werden in allen Ländern Europas in der nächsten Periode stattfinden. Die ohnehin bereits verarmten Arbeitermassen und Bäuerinnen und Bauern in Afrika, Asien und Lateinamerika, die sich noch größeren Bürden gegenübersehen werden, werden dazu gezwungen sein, in Aktion gegen den verrotten Großgrundbesitz und Kapitalismus zu treten. In Nordamerika beginnen Ereignisse wie in Seattle 1999 und in Quebec dieses Jahr die mächtige US-amerikanische und kanadische Arbeiterklasse in Bewegung zu setzen.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass die arbeitenden Menschen unter den Hammerschlägen dieser kapitalistischen Krise dazu gezwungen sein werden, in Aktion zu treten. Eine wichtige Schicht von Jugendlichen und ArbeiterInnen lehnt schon jetzt das ab, was Kapitalismus für sie und ihre Familien bedeutet. Gibt es jedoch eine lebensfähige Alternative zum "Markt" und seinen Protagonisten? Bülent Ecevit, Premierminister der Türkei, der sich einem Massenaufstand gegen alle wichtigen bestehenden kapitalistischen Kräfte und ihre Parteien gegenüber-

sieht, glaubt das nicht. Er hat ganz offen erklärt: "Wenn sie [die türkische Bevölkerung] meinen Rücktritt fordern, müssen sie auch eine Alternative haben. Ich klebe nicht an meinem Stuhl." (aus The Guardian, London, 12.April 2001)

In anderen Worten sagt Ecevit, es gäbe keine Alternative zu seiner brutalen Regierung und seinem System. Das KAI/CWI erklärt in diesem Manifest, dass es sie gibt. Es kombiniert eine schonungslose Untersuchung der Krise des Weltkapitalismus mit einer Erklärung der Widersprüche dieses Systems. Es entwickelt auch die Vision einer neuen, sozialistischen Gesellschaft, die in Reichweite der Arbeiterklasse und der gesamten Menschheit liegt, wenn wir den ausgelaugten, zerfallenden Kapitalismus mit einem neuen, weltweit demokratischen, sozialistischen System ersetzen. Es zeigt auch den Weg zu diesem Ziel auf, ein verständliches Kampfprogramm. Das Manifest und der angehängte Artikel, der sich mit der derzeitigen Phase des weltweiten Kampfes gegen Globalisierung und Kapitalismus befasst, widerspiegelt die kollektive Erfahrung des KAI/CWI und seiner Mitgliedschaft, mit zugehörigen Organisationen und einer Präsenz in 35 verschiedenen Ländern weltweit.

Wir glauben, dass dieses Programm die Basis für den Aufbau von Kräften darstellt, die eine wirkliche Alternative anbieten, eine sozialistische Massenkraft der Arbeiterklasse und der Jugend in allen Teilen der Erde. Dies wird wiederum die Grundlage für eine neue Masseninternationale der Arbeiterklasse darstellen, die das Instrument für die Schaffung einer neuen, sozialistischen Welt sein wird.

Im Mai 2001

Belagerungszustand

Der globale Kapitalismus und die sozialistische Alternative

Der Kampf gegen den globalen Kapitalismus wird die Zukunft formen und entscheiden. Die Globalisierung sollte nach Aussage ihrer Propagandisten Reichtum und Sicherheit für alle bringen. In der Realität ist genau das Gegenteil passiert. Dem neuen Jahrhundert ging, nach Aussage von UNICEF (eine Untergliederung der Vereinten Nationen), "ein Jahrzehnt unerklärter Krieg gegen Frauen, Jugendliche und Kinder [voraus], in dem Armut, Konflikte, chronische soziale Instabilität und vermeidbare Krankheiten wie HIV/AIDS die Menschenrechte gefährdeten und ihre Entwicklung sabotierten." Die Angriffe auf Arbeiterrechte und die Armen in Gefolge der Globalisierung haben eine Welt geschaffen, die geteilter und ungerechter ist als jemals zuvor. Aber ArbeiterInnen und insbesondere Jugendliche sagen: "Genug ist genug!"

Die Demonstrationen gegen den globalen Kapitalismus, die in Seattle im Dezember 1999 begannen, die Revolten von ArbeiterInnen und Armen in Ecuador und Serbien im Jahr 2000, die Massendemonstration gegen den EU-Gipfel im Dezember 2000 in Nizza, der Sturz des philippinischen Präsidenten im Januar 2001 - sie alle sind Vorboten einer globalen Protestbewegung gegen Korruption, Ungerechtigkeit und soziale und wirtschaftliche Not.

Mehr als ein Fünftel der Weltbevölkerung, 70 Prozent von ihnen Frauen, lebt in absoluter Armut, von einem US-Dollar am Tag oder weniger. Chronische Massenarbeitslosigkeit existiert weltweit. Fast ein Drittel der Arbeitsfähigen ist weltweit entweder arbeitslos oder unterbeschäftigt. Ein ökologischer Zusammenbruch steht bevor. Die letzten 25 Jahre waren die zerstörerischsten der Naturgeschichte. Der Planet Erde stirbt nicht, er wird von Großkonzernen und Politikern, die im Interesse des Kapitalismus handeln, langsam stranguliert. In dem Teufelskreis aus Gewalt, Armut und Umweltzerstörung, integraler Bestandteil der Globalisierung, besteht die ultimative Gefahr für die Zukunft der Menschheit.

Es ist an der Zeit, den Kampf gegen den globalen Kapitalismus zu verstärken und das Banner von Gegenwehr, Solidarität und Sozialismus zu erheben. Darum fordert das Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI/CWI) alle Jugendlichen und ArbeiterInnen dazu auf, aktiv zu werden und sich zu organisieren.

Das KAI/CWI ist eine marxistische Organisation. Marxismus oder revolutionärer Sozialismus sind kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln. Wie Karl Marx vor mehr als 150 Jahren schrieb: "Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an sie zu verändern."

Das KAI/CWI vereint sozialistische AktivistInnen auf der ganzen Welt. Wir haben Parteien, Organisationen und Mitglieder in Afrika, Asien, Australien, der GUS (ehemalige UdSSR), in Ost- und Westeuropa, Lateinamerika, dem Nahen Osten und Nordamerika.

Mach mit beim KAI/CWI! - "Einer wirklichen Gefahr[, die] aus der Globalisierung [entsteht]", so die australische Herald Sun (28. August 2000)

Die dominierenden Sektoren der Wirtschaft - Industrie, Finanzwesen, Transport und Dienstleistungen - müssen in Öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Menschen überführt werden. Auf der Grundlage von öffentlichem Eigentum und wirklicher Demokratie könnte ein Plan zu Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse ausgearbeitet werden. Eine geplante Wirtschaft würde es ermöglichen, Reichtum und Ressourcen sowohl national als auch global zu verteilen. Auf diesen neuen sozialen und ökonomischen Fundamenten werden wir die Entwicklung der Produktion und Technologie in Harmonie mit Natur und Umwelt sicherstellen - ein Schwenk zu einer nachhaltigen Wirtschaft.

Wirklicher Sozialismus hat nichts zu tun mit den totalitären Einparteien-Diktaturen

und Karikaturen der Planwirtschaft, die in der ehemaligen UdSSR oder Osteuropa existierten. Tatsächlich hat die Existenz dieser undemokratischen und bürokratischen Regimes (Stalinismus) eine Entwicklung in Richtung Sozialismus - eine Gesellschaft, die die Menschheit vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit heben würde - verhindert.

Der heraufziehende Sturm

Der moderne Kapitalismus hat die Produktivkräfte (Wissenschaft, Technologie, Maschinen, Produktionsmethoden, die Ausbildung der Arbeitskräfte, etc.) auf ein nie dagewesenes Niveau angehoben. Aber trotz aller Fortschritte im Bereich der Informationstechnologie (IT) und trotz Plänen, den Planeten Mars zu erreichen, hat die Hälfte der Bevölkerung in den sogenannten "Entwicklungsländern" niemals ein Telefon benutzt.

Der Graben zwischen den Besitzenden und den Nicht-Besitzenden ist auf der ganzen Welt größer geworden. Vergiss die Theorie, dass es den Armen gut geht wenn es den Reichen gut geht. Die Wahrheit ist, dass fast nichts bei den ärmsten Teilen der Gesellschaft ankommt. Tatsächlich wird ein großer Teil der Bevölkerung zurück gelassen und lebt von den Abfällen.

Es gibt heute einen so großen Einkommensunterschied zwischen den Reichen und der Mehrheit der US-Bevölkerung wie niemals zuvor seit der Erfassung dieser Daten. Der Reichtum des oberen ein Prozents (die 2,9 Millionen Reichsten) übertrifft jetzt zum ersten Mal den der unteren 90 Prozent. Die oberen ein Prozent konstituieren eine Klasse von Milliardären und Millionären, die nichts dafür getan haben, ihren Reichtum zu erwerben, außer auf boomendem Vermögen zu sitzen. Das ist zur selben Zeit passiert, in der das Einkommensverhältnis zwischen IndustriearbeiterInnen und Unternehmern von 1 zu 42 im Jahr 1980 auf 1 zu 425 heute gestiegen ist! Und dann fragt das US-Magazin Business Week auch noch: "Warum haben so viele Menschen so eine Wut auf die Globalisierung?!"

Kürzungen im Sozialbereich haben zur Folge, dass die heutige Generation von ArbeiterInnen und Jugendlichen weniger

abgesichert ist, als die vorangegangene. Außerdem wird fast kein Job als sicher angesehen. Frauen und junge ArbeiterInnen sind oft die ersten Opfer "atypischer" Arbeitsverhältnisse (Teilzeit, Kurzzeitverträge, bei Subunternehmern).

Arbeitsplatzunsicherheit und von Stress verursachte Krankheiten betreffen nicht nur die Arbeiterklasse sondern auch die Mittelklassen. Das ist ein Grund warum der "Feel-Good-Faktor" durch verallgemeinerte Entfremdung, Unruhe und Unsicherheit verdrängt worden ist.

Größere soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung wird mit Sicherheit zu einer Revolte von unten führen.

Die Sache des Sozialismus

Das KAI steht für die vollständige sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Niemand kann ernsthaft argumentieren, der Kapitalismus sei ein erfolgreiches System, oder dass das wahre Problem der Mangel an Ressourcen sei oder dass es zu viele Menschen gäbe, um sie zu ernähren. Denn die Nahrungsmittelproduktion hat mit dem weltweiten Bevölkerungszuwachs mehr als mitgehalten. "Die Welt produziert bereits ausreichend Nahrung, um ihre Bevölkerung zu ernähren - die bestehende Nahrungsmittelversorgung entspricht 2.700 Kalorien am Tag pro Person", steht in einem Bericht der Nahrungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN vom Oktober 2000.

Menschen gehen nicht hungrig zu Bett weil es einen Mangel an Nahrungsmitteln gibt, sondern weil sich die Nahrungsmittel und die Mittel diese herzustellen in den Händen der multinationalen Konzerne und Superreichen befinden. Die Hungernden haben nicht genug Geld, um die von den Multis hergestellten und vertriebenen Nahrungsmittel zu kaufen.

Und trotzdem, der materielle Reichtum ist in den letzten hundert Jahren stärker gewachsen als in der gesamten restlichen Menschheitsgeschichte. Die Weltwirtschaft hat sich im 20. Jahrhundert versiebzehnfacht und die Weltbevölkerung hat sich vervierfacht. Das Pro-Kopf-Einkommen hat sich von 1.500

Dollar auf 6.600 Dollar gesteigert, der größte Teil dieses Anstiegs fand in der 2.Hälfte des Jahrhunderts (1950-2000) statt. Allein diese Entwicklung hätte ausreichen müssen jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind der Erde eine Chance zu geben, das Leben in vollen Zügen zu genießen. Es gibt keinen Mangel an Ressourcen, es gibt keinen Mangel an Reichtum, Wissen oder Technologie. 90 Prozent aller WissenschaftlerInnen, die jemals gelebt haben, leben heute. Die technologischen Fortschritte und, in ihrem Gefolge, das wirtschaftliche Wachstum des 20.Jahrhunderts waren spektakulär und beispiellos. Trotzdem hat nur eine Minderheit der Weltbevölkerung ein Stück des sich vergrößernden Kuchens abbekommen. Die reichsten 20 Prozent der Welt konsumierten 86 Prozent aller Güter und Dienstleistungen - sechzehn mal mehr als das unterste Fünftel!

Das Geld ist da um den Lebensstandard aller zu transformieren. Das Vermögen der 200 reichsten Menschen ist größer als das gesamte Einkommen der ärmsten 2,4 Milliarden Menschen der Welt! Nach Aussage der Vereinten Nationen: "Es wird geschätzt, dass die zusätzlichen Kosten für das Erreichen und Erhalten eines allgemeinen Zugangs zu grundlegender Bildung für alle Menschen, grundlegende Gesundheitsversorgung für alle, reproduktive Gesundheitsversorgung für alle Frauen, angemessene Nahrungsmittel für alle und sauberes Wasser und sanitäre Anlagen für alle ungefähr 40 Milliarden Dollar betragen würde ... Das ist weniger als vier Prozent des zusammengenommenen Reichtums der 225 reichsten Menschen." (UN Menschheits-Entwicklungsbericht, 1997)

Bescheidene 0,5 Prozent Steuern auf jede Finanztransaktion (die Tobin-Steuer) würde die unglaubliche Summe von jährlich 720 Milliarden \$ aufbringen, die für soziale Zwecke ausgegeben werden könnte. Dieses Beispiel zeigt, dass schon jetzt die notwendigen Ressourcen und Geld zur Verfügung stehen, um die Armut zu beseitigen. Aber die Durchsetzung einer solchen Steuer, die den heutigen vampirartigen Kapitalismus ins Herz treffen würde, könnte nur als Teil eines Kampfes um die Kontrolle der multinationalen Konzerne und die Finanzinstitutionen auf internationaler Ebene erfolgreich sein.

Es gab niemals zuvor eine größere Notwendigkeit für internationalen Sozialismus. Ohne eine sozialistische

Umgestaltung der Gesellschaft ist die Zukunft der Menschheit in Gefahr. Der Kapitalismus befindet sich im Niedergang und hat nur weitere Armut, Unterdrückung und Umweltkatastrophen zu bieten. In den letzten Monaten hat ein Aufschwung an Kämpfen der Arbeiterklasse stattgefunden. Eine Vereinigung solcher Kämpfe und ihre Weiterentwicklung in eine breitere Bewegung mit sozialistischen Ideen ist eine Voraussetzung für eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft. Dies wird davon abhängen, wie bewusst sich die Arbeiterklasse über ihre enorme potenzielle Kraft und darüber ist, welche Schritte für die Beendigung der kapitalistischen Herrschaft auf internationaler Ebene notwendig sind.

Der Begriff "Revolution" ist heutzutage in Mode gekommen. Sogar kapitalistische Firmen nutzen ihn in der Werbung. Aus ihrem Mund verliert dieses Wort jede wirkliche Bedeutung. Ein revolutionärer Prozess wird jedoch zuerst durch die direkte Beteiligung einfacher Menschen in historische Ereignisse charakterisiert. In normalen Zeiten sieht es so aus, als würden Politiker, Experten und andere Repräsentanten der Elite die Geschichte machen. Aber wenn die kapitalistische Ordnung zerfällt, betreten einfache Menschen - ArbeiterInnen, Jugendliche und Arme - die politische Szenerie um für eine dauerhafte Veränderung ihrer Lebenssituation und für eine neue Gesellschaft zu kämpfen.

Im 20.Jahrhundert gab es viele heroische Versuche der Arbeiterklasse und der Armen die Gesellschaft zu verändern. Jedoch waren diese Bewegungen nicht erfolgreich darin, den Sozialismus hervorzubringen. Der fundamentale Grund hierfür war, dass es, außer in Russland im Oktober 1917, keine organisierte sozialistische Massenkraft gab, die in der Lage war, Programm, Strategie und Führung für den revolutionären Kampf zu bieten. Eine kämpfende Partei, wirklich demokratisch und basierend auf einer aktiven Mitgliedschaft, ist notwendig um den Kampf so vorzubereiten und zu organisieren, dass eine vollständige Umgestaltung der Gesellschaft erreicht werden kann. Wenn sie die unwillkürliche Opposition der kapitalistischen Klasse brechen will, muss die Bewegung für Sozialismus durch die aktive Beteiligung und Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung an Stärke gewinnen.

Die Geschichte ist voll von Beispielen, die zeigen, dass die kapitalistische Klasse

bereit ist, Gewalt und diktatorische Maßnahmen zu ergreifen um ihren Profit, ihr Einkommen und ihre Macht zu verteidigen. Nichts weniger als eine entschlossene und bewusste Bewegung der Unterdrückten unter dem Banner des Sozialismus kann die bewaffneten Kräfte des bürgerlichen Staates spalten und neutralisieren und eine friedliche Umgestaltung der Gesellschaft sichern. Ein sozialistischer Durchbruch, die Bildung einer Arbeiterregierung, wird natürlich in einem Land beginnen. Aber der Kampf der Unterdrückten, besonders im heutigen "globalen Dorf", kennt keine Grenzen. Ein sozialistischer Sieg in einem einzelnen Land wird dem Rest der Welt als leuchtendes Vorbild dienen. Eine Arbeiterregierung, die die dominierenden Sektoren der Wirtschaft, inklusive der in dem Land aktiven multinationalen Konzerne, in öffentlichen Besitz überführen, die Kontrolle über den Finanzbereich übernehmen und das

staatliche Außenhandelsmonopol einführen würde, wird sofort in Konflikt mit dem Großkapital geraten. Die multinationalen Konzerne werden versuchen, einen "weltweiten Investitionsstreik" zu organisieren mit dem Ziel die Arbeiterregierung zu stürzen. Der einzige Schutz gegen Versuche des globalen Kapitalismus, jede Maßnahme der Arbeiterregierung zu sabotieren und unterminieren, ist zu versuchen die sozialistische Revolution weltweit auszubreiten. Der Weg, sich Solidarität und internationale Unterstützung zu sichern, wird es sein, Aufrufe an die ArbeiterInnen anderer Länder zu richten, dem Beispiel zu folgen und den Kampf für internationalen Sozialismus zu verstärken: mit dem Ziel eine freiwillige und gleichberechtigte Konföderation sozialistischer Staaten zu schaffen.

Forderungen

Das KAI kämpft für eine sozialistische Politik für Arbeit und soziale Sicherung für alle. Wir treten für folgende Forderungen ein:

- Ausreichendes Mindesteinkommen.
- Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Lohnverlust unter von den ArbeiterInnen festgelegten Bedingungen.
- Nein zu Flexibilisierung im Interesse der Bosse. Gegen Arbeitszeitkonten
- Massive Steigerung öffentlicher Ausgaben für Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung und Wohnen.
- Stoppt Privatisierung und Deregulierung. Wiederverstaatlichung privatisierter Betriebe, mit Kompensation nur für Kleinaktionäre bei erwiesener Bedürftigkeit.
- Keine Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, Religion oder Sexualität. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
- Kostenlose Bildung auf allen Ebenen und kostenlose Gesundheitsversorgung.
- Nichtbezahlung öffentlicher Schulden. Keine weiteres Geld für Spekulanten und parasitäre Geldverleiher.
- Zahlung von Entschädigung nur bei erwiesener Bedürftigkeit.
- Überführung der dominierenden Sektoren der Wirtschaft in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Menschen.
- Eine kämpferische Alternative zum globalen Kapitalismus

Sind wir "altmodisch", wenn wir über Massenaktion und über die Rolle der Arbeiterklasse in der Ära von Computern und dem Internet reden? Müssen wir uns immer noch auf die sozialistische Organisation der Gesellschaft beziehen, wenn wir doch in der "Cyber-Demokratie" leben und nur einen "Mausklick" davon entfernt sind, mit dem gesamten Planeten in Verbindung zu treten?

Computer und das Internet sind wichtige Mittel der Kommunikation und für das Sammeln und Lagern von Informationen. Aber die Gesellschaft wird nicht durch Mausclick oder Knopfdruck verändert werden. Virtuelle Macht kann die aktive Beteiligung von ArbeiterInnen und Armen im Kampf genauso wenig ersetzen, wie ein Computer-Netzwerk als Ersatz für kämpfende, demokratische, sozialistische Organisationen dienen kann. Die moderne Technologie, die sowieso nur einem kleinen Teil der Weltbevölkerung zur Verfügung steht, kann als ein Hilfsmittel im Massenkampf angewendet werden, nicht als dessen Ersatz. Während der Massenbewegung auf den Philippinen zu Beginn des Jahres 2001 wurden SMS-Nachrichten von den Demonstranten geschickt eingesetzt, um Demonstrationen zu organisieren. In anderen Worten, die neue Technologie wurde als Hilfsmittel zur Massenaktion eingesetzt.

Welche Maßnahmen, welches Programm kann die Arbeiterklasse mobilisieren und darauf vorbereiten, die Macht zu übernehmen und den Sozialismus aufzubauen?

Das KAI schlägt ein kämpferisches Programm vor, das den täglichen Kampf für bessere Bedingungen mit dem Kampf für Sozialismus verbindet. Als Sozialistinnen und Sozialisten kämpfen wir für jede Forderung oder Veränderung, die die Lebensbedingungen von ArbeiterInnen und Jugendlichen verbessern könnte. Aber unser Ziel ist es nicht, den Kapitalismus und seine Institutionen zu "reformieren", sondern grundlegende Veränderungen herbeizuführen und die Herrschaft des Kapitalismus zu beenden. Diejenigen, die vom "Kapitalismus mit menschlichem Antlitz" sprechen, schüren Illusionen.

Sogar ein defensiver Kampf zum Erhalt von Arbeitsplätzen oder sozialen Errungenschaften tendiert dahin, sich in einen Kampf zu verwandeln, der die Dominanz des

globalen Kapitalismus in Frage stellt und angreift. Der Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen hängt zusammen mit der Notwendigkeit, die Gesellschaft zu verändern. Das bedeutet, dass der heutige Kampf mit der allgemeinen Aufgabe für den Sozialismus zu kämpfen, verbunden werden muss.

Wenn wir den Kampf darauf beschränken, was die Bosse bereit sind zu akzeptieren oder was im Kapitalismus "realistisch" ist, werden wir nichts oder nur sehr wenig erreichen. Was erreicht werden kann und was nicht wird durch die Möglichkeiten von ArbeiterInnen und Jugendlichen zu kämpfen entschieden werden. Das Ergebnis des Kampfes hängt von vielen Faktoren ab, nicht nur von der Stimmung und vom "Kampfeswillen". Wenn das alles wäre was nötig ist, dann wäre der Kapitalismus schon vor langer Zeit gestürzt worden. Was letztendlich den Klassenkampf entscheidet ist, zu welchem Grad eine revolutionär-sozialistische Partei es geschafft hat Unterstützung von arbeitenden Menschen zu erhalten, die Qualität ihrer Führung und welches Programm, welche Taktik und Strategie sie annimmt.

Das sozialistische Programm ist nicht nur eine Liste von Forderungen; Es ist eine Verallgemeinerung der historischen Lehren der Arbeiterbewegung. Es beginnt mit dem was notwendig ist, um jeder und jedem ein menschenwürdiges Leben zu garantieren und beinhaltet Forderungen, die eine Brücke von den derzeitigen Bedingungen und dem bestehenden Bewusstsein der Arbeiterklasse hin zur Konzeption der sozialistischen Revolution bilden.

Falsche Morgendämmerung der Marktwirtschaft

Seit Mitte der 70er-Jahre hat sich der Kapitalismus in eine Periode organischer (struktureller) Krise und Stagnation hinein bewegt. Der Kapitalismus der letzten 25 Jahre ist, trotz zyklischer Schwankungen, gekennzeichnet durch historischen Niedergang, soziale Ungleichheit, Massenarbeitslosigkeit, langsamem Wachstum und finanzieller und politischer Instabilität. Die kapitalistische Klasse dachte, sie hätte durch noch unbarmherzigere Ausbeutung und weitere Integration (Neoliberalismus und Globalisierung) einen Ausweg aus dieser Stagnation gefunden. Aber

die Globalisierung hat stattdessen alle im Kapitalismus enthaltenen Widersprüche, also die Kollision zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen (Privatbesitz an Produktionsmitteln, den Nationalstaat, der soziale, rechtliche und politische Rahmen, in dem das System operiert) verschärft. Es ist diese grundlegende Kollision, die zu Krisen, Kriegen und Revolutionen führt.

Der globale Kapitalismus kann als weltweite Casino-Ökonomie bezeichnet werden. Spekulation und nicht Produktion ist nun die profitabelste ökonomische Aktivität. Internationale Finanztransaktionen haben inzwischen die unglaubliche Summe von mindestens 1,5 Billionen Dollar am Tag erreicht - mehr als 50 mal so viel wie im weltweiten Handel mit Gütern und Dienstleistungen. Das zeigt den parasitären und destruktiven Charakter des modernen Kapitalismus.

Die Kapitalisten investieren ihr Geld um Profite zu erzielen. Wie Sir Brian Moffat, Chef von Corus (ein europäisches Stahlunternehmen) sagte nachdem er Anfang des Jahres 2001 6.000 Arbeitsplätze vernichtet hatte: "Corus macht keinen Stahl, es macht Profit." In anderen Worten, Kapitalismus ist ein System, das auf Produktion für den Profit basiert. Aber Profite sind nichts anderes als unbezahlte Arbeit. Die Arbeiterklasse erhält in Form von Löhnen nur einen Teil der Werte, die sie schafft, und kann nicht alle Güter, die sie produziert zurückkaufen. Dieser grundlegende Widerspruch kann nur zeitweise überwunden werden, indem der von den ArbeiterInnen hervorgebrachte Mehrwert in neue Technologie, Maschinen, Gebäude und Forschung (oft angetrieben durch Kredit) investiert wird. Aber schnell werden die steigenden Investitionskosten die Profite schmälern während das große Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage weiter anwächst. Dies wird begleitet von einem massiven Anwachsen der Schulden und die Kapitalisten können nicht genügend KäuferInnen für all ihre Waren finden. Das Ergebnis dieses Prozesses ist die Schaffung von Überkapazitäten und Überproduktion, oder eine "Übersättigung", wie es die Kapitalisten nennen. Die Globalisierung bringt eine klassische Krise des Kapitalismus hervor, für die die Kapitalisten selbst natürlich nicht zahlen werden.

Der irrsinnige Widerspruch der Marktwirtschaft ist, dass "zu viel" von

allem hergestellt zu werden scheint, während der Kapitalismus nicht einmal jede und jeden ernähren kann, geschweige denn der Mehrheit ein vernünftiges Leben zu bieten.

Überproduktion und Überkapazität im Verhältnis zum Profit, nicht zu den Bedürfnissen, ist ein absurdes Phänomen, das nur im Kapitalismus vorkommt. Wir erleben das groteske Spektakel, dass Nahrungsmittel und Güter himmelhoch aufgetürmt werden, während Millionen fast verhungern und nicht einmal über die grundlegendsten Notwendigkeiten verfügen.

Statt in eine "neue Ökonomie" bewegt sich der globale Kapitalismus wieder einmal in eine "alte", klassische Krise mit Rezessionen und Depressionen. Die Hitech-Wirtschaft hat sich von dot.com zu dot.bomb entwickelt. Die derzeitige Abschwächung in den USA zeigt die Entwicklung in Richtung einer weltweiten Rezession mit explosiven politischen und sozialen Folgen. In den 90er Jahren hat der US-Kapitalismus die Lokomotive für die Weltwirtschaft gespielt, aber sie bezahlt jetzt den Preis dafür: die Blase an den Aktienmärkten ist dabei zu platzen, ein Handelsbilanzdefizit auf Rekordhöhe und die Wirtschaft wächst kaum noch. Gleichzeitig wird der Schuldenberg (von Firmen und Haushalten) zu mehr Konkursen, Arbeitsplatzabbau und fallendem Konsum führen. Und wenn der US-Kapitalismus abstürzt wird der Rest der Welt folgen. Außerdem ist es durchaus möglich, dass die USA das neue Japan dieses Jahrzehnts werden könnte, indem sie in eine Spirale aus ökonomischer Stagnation und politischer Krise eintritt.

Die Monopole im Fahrersitz

Der Weltkapitalismus wird geführt von wenigen hundert gigantischen Multis, die oft reicher als ganze Nationen sind. Viele Sektoren der Weltwirtschaft werden nur von einer handvoll multinationaler Konzerne kontrolliert. Oder, wie Arnold Weinstock, Vorsitzender der damals noch Industriefirma GEC in Britannien 1989 zugab: "So etwas wie einen freien Markt gibt es nicht."

Mehr als 50 der weltweit 100 führenden Wirtschaftseinheiten sind multinationale Konzerne. Die multinationalen Konzerne haben einen Anteil von vier Fünfteln an der

weltweiten Industrieproduktion und mehr als zwei Drittel des Welthandels. Die Verkäufe der oberen 200 Konzerne kombiniert sind höher als das Einkommen aller Länder der Erde ausgenommen der neun größten Wirtschaften.

Die Multis sind noch einmal größer und mächtiger geworden durch die jüngste Welle grenzübergreifender Fusionen und Akquisitionen, also durch das Schlucken des einen Konzerns durch den anderen. Das hat dazu geführt, dass die Konzentration von Reichtum und Kapital beispiellose Ausmaße erreicht hat. Der US-Autokonzern Ford, das viertgrößte Unternehmen weltweit, ist immer noch im Besitz einer einzigen Familie!

Ein zentraler Aspekt der Globalisierung ist die Vertiefung des Prozesses internationaler ökonomischer Integration. Die heutige Produktion ist in eine Reihe verschiedener Stufen unterteilt, die in verschiedenen Ländern stattfinden. Das hat wiederum die Tatsache unterstrichen, dass der Kampf für gesellschaftliche Veränderung mit einer internationalen Perspektive bewaffnet sein muss, dass ArbeiterInnen und Jugendliche, die sich in irgendeinem Land im Kampf befinden, versuchen müssen die Unterstützung ihrer Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern zu erhalten. Der Kampf muss globalisiert werden. Die Globalisierung hat unterstrichen, dass der Kampf für den Sozialismus entweder international oder gar nicht ist. Ein sozialistischer Durchbruch in einem Land muss vom Sturz von Kapitalismus und Großgrundbesitz weltweit gefolgt werden. Kein Land, auf sich gestellt, kann für eine längere Zeit den brutalen und destruktiven Kräften des globalen Kapitalismus widerstehen.

Das Anziehen der Schraube

Internationale kapitalistische Institutionen wie die EU, die Weltbank und der IWF waren Instrumente dabei, die neoliberale Agenda in Afrika, Asien, Lateinamerika und in den letzten Jahren auch in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion durchzusetzen. Diese Organisationen sind nichts als Söldner der wichtigsten kapitalistischen Mächte, insbesondere des US-amerikanischen und europäischen Imperialismus. Zum Beispiel Ecuador. Dieses Land ging im Jahr 2000 bankrott, vor allem wegen der ihm vom IWF aufgezwungenen Politik. Das hatte weitere Verarmung für die Masse der Bevölkerung zur Folge. Dies

hatte einen Anteil daran, im Januar 2000 einen Aufstand hervorzurufen, in dem ArbeiterInnen und Jugendliche die rechte Regierung stürzten. Wegen des Fehlens einer weitsichtigen sozialistischen Führung waren die alten Kräfte der Reaktion in der Lage wieder an die Macht zu gelangen. Aber die korrupte herrschende Klasse und der Imperialismus können keinen Ausweg aufzeigen. Im November 2000 nahm der IWF Ecuador wieder in seinen Würgegriff: Die Regierung musste den Preis für Kochgas um 80 Prozent anheben, 26.000 Arbeitsplätze abbauen und die Löhne für die restlichen Beschäftigten halbieren. Außerdem wurde die Regierung gezwungen, das Eigentum an dem größten Wasserversorger an ausländische Kapitalisten zu übergeben und dem Ölgiganten BP Acro das Recht zugestehen, eine eigene Pipeline über die Anden zu bauen.

Eine unendlich lange Liste von Ländern hat dieselbe wirtschaftliche Übernahme erlebt. Nationen wurden dazu gezwungen Handelsbarrieren abzubauen, öffentlichen Besitz zu verscheuern und Sozialausgaben zusammen zu kürzen. Tatsächlich regiert der IWF zur Zeit mindestens 75 der ärmsten Entwicklungsländer der Welt. Und das nennt sich dann "Demokratie"!

Auf Grundlage bitterer Erfahrungen haben die Arbeiterklasse und die Mittelklassen die Schlussfolgerung gezogen, den Begriff "Neoliberalismus" abzulehnen. Privatisierung wird im öffentlichen Bewusstsein jetzt mit einer Verteuerung und Verschlechterung von Dienstleistungen gleichgesetzt. Die Leute sehen, dass private Konzerne den Staat ausrauben und Milliarden dabei verdienen. Die Folgen sind verheerend. Deregulierung und Privatisierung sollten angeblich effizientere Dienstleistungen bringen. Aber als private Konzerne reingegangen sind und die Kontrolle über die Energierversorgung Kaliforniens übernommen haben, gingen bald die Lichter aus. Im Jahr 2001 war Kalifornien immer wieder ohne Elektrizität, und das ist der reichste und bevölkerungsstärkste Staat im reichsten Land der Erde! Auf einmal forderte der Gouverneur von Kalifornien, der Staat solle intervenieren und den Energiesektor wieder in staatliche Kontrolle übernehmen! In Kalifornien sind seit zehn Jahren keine Kraftwerke mehr gebaut worden. Privatkonzerne sind einzig und allein daran interessiert Profite zu machen und hohe Rechnungen an die Haushalte zu verschicken.

Wachsende

Umweltkatastrophe

An den Protesten gegen den globalen Kapitalismus sind natürlich viele UmweltschützerInnen beteiligt. Gleichzeitig werden die Parteien in Westeuropa immer weniger "grün" (inklusive der sogenannten Grünen). Mit Klimaveränderungen, Luft- und Wasserverschmutzung, der Vernichtung fruchtbaren Landes und der Wälder, der Ausrottung von Arten und Überfischung entwickelt sich eine ökologische Katastrophe. Die Natur hat keinen Knopf zum Ausschalten. Der Kapitalismus ist nicht in der Lage eine umweltgerechte, nachhaltige Gesellschaft, die die Bedürfnisse der Menschen befriedigt, zu schaffen, denn dieses System basiert auf hemmungsloser Ausbeutung und unersättlicher Zerstörung menschlicher und natürlicher Ressourcen. Keine globale Aufgabe könnte dringender sein als die derzeitigen verschwenderischen, zerstörerischen und chaotischen Produktionsmethoden durch eine ökologisch verantwortungsvolle, nachhaltige Produktion zu ersetzen.

Die Zerstörung der Wälder, die zu einer Ausbreitung der Wüsten und zu Klimaveränderungen geführt hat, hat an Zahl und Ausmaß zunehmende Naturkatastrophen zur Folge. Außerdem sind Armut und der Zustand der Umwelt untrennbar miteinander

verbunden. Schätzungsweise 1,4 Milliarden Menschen leben ohne sauberes Trinkwasser und weitere 2,3 Milliarden haben keine angemessenen Sanitäreinrichtungen. Mehr als acht Millionen Menschen sterben jedes Jahr aufgrund von Wasser- oder Luftverschmutzung.

Der Zustand der Umwelt wird schlechter während die Profite steigen. Aber es gibt nicht die Möglichkeit, dass die Institutionen des Kapitalismus die Situation verbessern könnten. Niemals haben Institutionen wie die WTO bei Auseinandersetzungen zwischen ökologischen und wirtschaftlichen Fragen im Sinne der Umwelt entschieden.

Die letzten 25 Jahre waren nach Angaben der Umweltorganisation WWF die destruktivsten der Weltgeschichte seit dem Aussterben der Dinosaurier vor 65 Millionen Jahren. Rekordtemperaturen in den 90er-Jahren waren Teil eines Trends zur Erderwärmung im 20. Jahrhundert und es wird erwartet, dass die Temperaturen im neuen Jahrhundert noch schneller steigen. Die Erderwärmung lässt bereits Gletscher von den Anden in Peru bis zu den Schweizer Alpen abschmelzen. Im Jahr 2000 veröffentlichte Untersuchungen haben davor gewarnt, dass verschiedene Inseln, Länder wie Bangladesch und Ägypten und große Küstenregionen durch die Abschmelzung des Polareises im Meer versinken könnten.

Forderungen

Das KAI kämpft für:

- Einen alternativen sozialistischen Plan zur Energieproduktion, der von RepräsentantInnen der Beschäftigten der Energiewirtschaft, WissenschaftlerInnen, Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen erstellt wird und fossile Brennstoffe und Atomenergie durch massive Investitionen in erneuerbare Energiequellen wie Wind, Solarenergie und geothermische Hitze (Gewinnung von Wärme aus heißen Steinen) ersetzt.
- Eine integriertes Energieprogramm, mit einem demokratischen sozialistischen Produktionsplan, würde preiswerte und sichere Energie für alle und lang- und kurzfristig die harmonische Entwicklung der verschiedenen Energiequellen im Interesse der gesamten Gesellschaft garantieren.
- Ein geplantes Transportwesen, das sich nach den Bedürfnissen der Gesellschaft und der Umwelt richtet. Privatisierte Transportunternehmen müssen zurück in öffentliches Eigentum überführt und demokratisch kontrolliert werden mit dem Ziel ein integriertes, preiswertes öffentliches Transportwesen, zu dem alle Zugang haben, zu schaffen.

Trotz vieler Konferenzen und Warnungen von WissenschaftlerInnen ist nur wenig getan worden, um den Ausstoß von Kohlendioxid und anderer Treibhausgase, die Erderwärmung hervorrufen, zu reduzieren. Ein einflussreicher Teil der herrschenden Klasse in den USA, getragen durch die Auto- und Ölindustrie, tut die Erderwärmung als "Mythos" ab. Mit George W. Bush haben sie ihren Mann ins Weiße Haus gekriegt. Das erste, was er nach der Vereidigung getan hat, war die Landschaft Alaskas den Interessen der großen Ölkonzernpreis zu geben. Das zweite war zu erklären, dass sich die US-Administration auch an die ohnehin nur symbolischen Versprechungen der Welt-Umweltkonferenz 1997 in Kyoto über Maßnahmen zur Verlangsamung der Erderwärmung nicht halten werde (die USA ist das Land mit dem weltweit größten Kohlendioxid-Ausstoß).

Fossile Brennstoffe (Öl, Gas, Kohle) sind enorm umweltverschmutzend. Sie führen zu saurem Regen und sind die Hauptursache der Erderwärmung. Trotzdem geht der Großteil der Forschung in fossile Brennstoffe und die Atomenergie. Erneuerbare Energien und Energiesparen wird weitgehend ignoriert. Fossile Brennstoffe und Kernenergie, die verstrahlten Abfall hinterlässt, führen zu unumkehrbaren Umweltschäden. Bürgerliche Politiker und große Konzerne geben enorme Geldsummen für Autobahnen und die Privatisierung des öffentlichen Verkehrswesens aus. Dies geschieht trotz der Tatsache, dass der Straßenverkehr einer der größten Verursacher der Verschmutzung der Atmosphäre (und für viele Tote verantwortlich) ist.

HIV/AIDS

Die Pharmakonzerne erheben überdimensional hohe Preise (Monopolpreise) für ihre Produkte und es gibt absolut keinen Zusammenhang zwischen den Produktionskosten (inklusive der Kosten für Forschung und Entwicklung) und dem Preis der Medikamente. Die Pharma-Giganten geben mehr Geld für Werbung aus als für Forschung. Gleichzeitig versuchen die Pharma-Giganten mit Sitz in Europa und den USA zu verhindern, dass andere Länder lebensrettende Medikamente zu viel niedrigeren Preisen produzieren. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist natürlich auf Seiten der Monopole in ihrem Kampf

dafür, was sie zynisch "intellektuelle Eigentumsrechte" nennen. Die großen Medikamentenhersteller werden alle Maßnahmen ergreifen, um ihre Profite und Patente zu verteidigen. Sie sind stark abhängig von der Unterstützung des öffentlichen Sektors (Bildung, Forschung und Entwicklung, Subventionen) und trotzdem nehmen sie alle Gewinne mit nach Hause. Millionen sterben durch AIDS und andere Krankheiten, weil sie Medikamente, die in der Herstellung Pfennige kosten, nicht bekommen können. Jede Minute stecken sich weltweit 11 Menschen mit HIV an. Anfang des Jahres 2000 waren 34,3 Millionen Menschen von HIV/AIDS infiziert, alleine im südlichen Afrika 24,5 Millionen. 19 Millionen Menschen sind bisher daran gestorben. Das ist eine Katastrophe mit monumentalen Ausmaßen für die Menschheit, ähnlich wie die Pest, die im Mittelalter große Teile der Bevölkerung Europas ausrottete.

Südafrika ist besonders hart getroffen. Es sind schätzungsweise 4,7 Millionen Menschen mit HIV infiziert - so viele wie in keinem anderen Land der Erde. Aber während führende Mitglieder des ANC teure westliche Cocktails mit Medizin gegen die Viren erhalten, lässt man Millionen einfach sterben. Die ANC-Elite ist reich genug, um private medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen, während andere Bedürftige zynischerweise von ANC-Führer Mbeki gesagt bekommen, HIV sei nicht die Ursache für AIDS! Die Entscheidung der Pharma-Konzerne ihre Klage gegen den südafrikanischen Staat wegen des Imports billigerer Ersatzmedikamente gegen AIDS zurückzuziehen war ein Erfolg. Das wäre nicht geschehen ohne die mutige Kampagne von BasisaktivistInnen in Südafrika und anderen Ländern, die die Pharma-Giganten gezwungen haben sich zurück zu ziehen oder sich einem internationalen Aufschrei und Aktionen zu stellen. Die Ankündigung der Pharma-Konzerne, die Preise für einige ihrer Medikamente gegen AIDS in ärmeren Ländern zu senken, hat es nicht deswegen gegeben, weil sie auf einmal ihr Mitleid mit den Armen und HIV-Positiven entdeckt hätten. Der Grund ist einzig und allein, dass sie ihre Interessen verteidigen und verhindern wollen, dass Länder dem Beispiel Brasiliens folgen. Brasilien hat eine Lücke in den WTO-Regeln genutzt, die besagt, dass Ersatzmedikamente "in einem nationalen Notstand" hergestellt werden dürfen, eine Lücke, die die großen Pharma-Konzerne jetzt schließen wollen. Brasilien hat angefangen, seine eigenen

Medikamente gegen AIDS zu einem 75 Prozent geringeren Preis zu verkaufen als in den USA und Europa verlangt wird. Dank dieser Maßnahme fiel die Zahl der mit AIDS zusammenhängenden Toten zwischen 1995 und 2000 in diesem Land um fast 40 Prozent. Das zeigt, was erreicht werden kann, wenn die Medikamente preiswerter gemacht werden, selbst auf kapitalistischer Grundlage.

Die Kampagne gegen HIV/AIDS muß mit dem Kampf für die Abschaffung von Armut und Ungleichheit und für eine massive Ausgabensteigerung für Gesundheit und Bildung einher gehen.

Das KAI tritt ein für:

- Kostenlose Gesundheitsversorgung für alle, inklusive HIV-Tests und Behandlung
- Gleiche Möglichkeiten und keine Diskriminierung für Menschen, die HIV-Positiv sind.
- Verständliche Sexualaufklärung und kostenlose Verhütungsmittel.

Diese Forderungen müssen mit Aufklärung über HIV/AIDS und massiver Forschung nach einem Impfstoff, der eine Infektion verhindern kann, verbunden werden. Der Reichtum und die Ressourcen der am weitesten industrialisierten Länder könnte die Situation in den ärmsten Gegenden der Welt transformieren. Aber um das zu erreichen müssen die Arbeiterklasse und die Armen auf der ganzen Welt dafür kämpfen die Macht der Pharma-Konzerne und des westlichen Imperialismus zu brechen.

Nahrung für Profit

Nahrung wird für Profit produziert, nicht um sicherzustellen, dass Menschen gut ernährt und gesund sind. Profitgierige Konzerne und intensivierete Landwirtschaft gefährden das Leben. Der BSE (oder "Rinderwahn") Skandal, der in Großbritannien begonnen hat, zeigt den Irrsinn des Profitsystems und die Tatsache, dass die Regierungen sich mehr um das Wohlergehen der Fleischindustrie als um die Gesundheit der Menschen sorgen. Die Jagd nach Profit, zusammen mit Deregulierung, hat zu BSE bei Rindern geführt. Kontaminiertes Rindfleisch ist

dann in den Nahrungskreislauf eingetreten und hat BSE auf den Menschen übertragen und eine neue Form der Creutzfeld-Jakob-Krankheit (vCJK) hervorgerufen.

Bis 1996 haben die britische Regierung und die Nahrungsmittelindustrie behauptet: "Britisches Rindfleisch zu essen ist ohne Risiko." Diese Aussage wurde trotz der Warnung von WissenschaftlerInnen gemacht und obwohl BSE zum ersten Mal schon 1985 entdeckt wurde. Aber kontaminiertes Fleisch kam in den 90er-Jahren weiterhin in den Nahrungsmittelkreislauf und potenziell BSE-infiziertes Futter wurde weiterhin exportiert. Die offiziell verbreitete Zahl ist, dass im Jahr 2000 in Großbritannien 80 Menschen an vCJK gestorben sind. Es wurde jedoch niemand zur Verantwortung gezogen.

Genetisch-veränderte Lebensmittel - "Frankenstein Essen" - wurden nicht auf den Markt gebracht, um, wie behauptet, die Nahrungsmittelqualität zu verbessern oder die Welt zu ernähren, sondern einzig und allein um die Profite zu steigern. Die Verlagerung gentechnischer Forschung von Labors in die Natur könnte, unter der Kontrolle gieriger Multis, katastrophale Auswirkungen auf das Ökosystem haben.

Das KAI kämpft für:

- Die Agrarindustrie, inklusive der Pharma-Konzerne, muss in öffentliches Eigentum überführt werden. Die Nahrungsmittel verarbeitende Industrie und der Handel müssen unter demokratische Arbeiterkontrolle gestellt werden, um sicherzustellen, dass die Standards von KonsumentInnen, LandarbeiterInnen, Kleinbauern und -bäuerinnen und nicht von der Großindustrie festgelegt werden.

Von oben bis unten verrottet

Der parasitäre Charakter des Kapitalismus hat zu zunehmender Korruption und Bestechung geführt. Das widerspiegelt sich auch in der politischen und rechtlichen Struktur des Kapitalismus. Goldene Kreise von Politikern und Geschäftsleuten haben Millionen und manchmal Milliarden aus den Staatskoffern geklaut. Bei der bestehenden Verbreitung von Korruption unter der politischen Elite und der Tatsache, dass kaum die

Breite eines Zigarettenpapiers zwischen die etablierten Parteien an Unterschieden zu erkennen ist, ist es kaum verwunderlich, dass mehr und mehr Wahlberechtigte nicht wählen gehen. Die bestehende Abscheu und Verachtung kann sich schnell in massenhafte Wut und die Bereitschaft, dagegen auf die Straße zu gehen, verwandeln. Jede Revolte von unten wird dazu tendieren an den etablierten Parteien vorbei zu gehen und den Graben zwischen den arbeitenden Menschen und den Repräsentanten der bürgerlichen politischen Elite zu vergrößern.

In den meisten Fällen gibt es zur Zeit keine politischen Parteien, die bei Wahlen wirklich die Interessen der arbeitenden Menschen repräsentieren. Allerdings entwickelt sich die Repräsentation der Arbeiterklasse in einer Reihe von Ländern und das KAI/CWI führt diese Entwicklung mit an. KandidatInnen des KAI/CWI behalten nur einen durchschnittlichen Arbeiterlohn, wenn sie gewählt werden. Unsere Parlamentsabgeordnete und Stadtratsmitglieder leben unter denselben Bedingungen wie ihre WählerInnen und lehnen jegliche Privilegien ab. Zum Beispiel muss sogar die bürgerliche Presse zugeben, dass das KAI-Mitglied im irischen Parlament "der Rote ist, den Geld nicht kaufen kann". Wir treten alleine oder gemeinsam mit anderen linken Gruppen zu Wahlen an, um eine kämpferische, sozialistische Alternative zu den bürgerlichen Parteien anzubieten. Wahlen sind nicht das Hauptarbeitsfeld, aber es wäre absolut falsch für SozialistInnen Wahlen den Rücken zu kehren und diese Möglichkeit, die Ideen des Sozialismus einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, zu ignorieren.

Was das bürgerliche Establishment "liberale Demokratie" nennt, ist nichts anderes als die Diktatur des Marktes. Es ist die kapitalistische Klasse die, egal für welche Partei sich die WählerInnen entschieden haben, die Essenz der Regierungspolitik bestimmt. Für SozialistInnen bedeutet Demokratie für eine Gesellschaft zu kämpfen, in der die Mehrheit - die arbeitenden Menschen - die Gesellschaft kontrollieren und organisieren. Die kapitalistische Klasse und ihre Repräsentanten haben eine sehr viel begrenztere Vorstellung von Demokratie. Auch die "demokratischste" der kapitalistischen Regierungen ist bereit, Polizei und Militär gegen ArbeiterInnen und Jugendliche einzusetzen, die auf die Straße gehen oder ihre Stimme hörbar machen wollen. Was auch immer gesagt wird über das

Eintreten für Demokratie auf der Welt, die kapitalistische Klasse und der Imperialismus haben kein Problem damit, Diktaturen zu unterstützen oder Gesetze und Regeln zu beschließen, die die demokratischen und nationalen Rechte der arbeitenden Menschen einschränken.

Das KAI/CWI verteidigt jedes demokratische Recht, das durch den Kampf der Arbeiterklasse über Jahrzehnte gewonnen wurde. Wir stehen in vehementer Opposition zu jeder Maßnahme, die der bürgerliche Staat ergreift, um demokratische, nationale, kulturelle oder gewerkschaftliche Rechte einzuschränken.

Wir verteidigen und unterstützen das Recht unterdrückter Nationen auf Selbstbestimmung, bis zu und inklusive das Recht ihren eigenen unabhängigen Staat zu gründen. Wir bekämpfen jegliche Formen der Diskriminierung in der Sprache. Die Rechte aller ethnischer und religiöser Gruppen im Bezug auf Kultur und Bildung müssen völlig respektiert werden.

Der Kampf für die Verteidigung und Erweiterung demokratischer Rechte muss Teil des Kampfes gegen die Diktatur des Marktes und der Reichen werden. Diese Kräfte haben die Politiker und die Medien in ihrer Hand. Die logische Weiterentwicklung des Kampfes für Demokratie ist die Schaffung einer sozialistischen Demokratie in der Wirtschaft selbst.

Beseitigt Rassismus

Die Parteien der extremen Rechten und nationalistische, populistische Bewegungen versuchen von der Krise der etablierten Parteien im Westen und vom bestehenden, weit verbreiteten Unmut zu profitieren. Der Angriff der rechtsradikalen und faschistischen Gruppen muss mit der Vereinigung der Arbeiterklasse und mit einer sozialistischen Alternative beantwortet werden.

Obwohl die Gesellschaft, besonders unter den Schlägen von Rezession und Depression, dahin tendieren wird, nach links zu gehen, wird es auch Perioden geben, in denen die Kräfte der Reaktion dazu gewinnen werden. Eine der Folgen des kapitalistischen Niedergangs und der Krise ist eine soziale und

politische Polarisierung. Der Aufstieg der rechtspopulistischen Bewegung in Österreich, geführt von Jörg Haider, der extremen Rechten in Frankreich, Belgien, Dänemark und Teilen Deutschlands sollte als Warnung dienen. Diese Parteien oder "Bewegungen" repräsentieren eine derzeitige "milde" Reaktion, obwohl ihre schädlichen Ideen ethnische Minderheiten gefährden. Es sind extrem instabile Parteien mit einer relativ kleinen Mitgliedschaft. Aber sehr viel brutalere und offen rassistische und reaktionäre Kräfte könnten aus diesen Parteien und Bewegungen entstehen. Nicht nur die traditionellen rechten Parteien sondern auch die ehemaligen Arbeiterparteien flirteten mit dem Nationalismus und spielten die rassistische Karte, was wiederum die extreme Rechte stärkt. Sozialdemokratische Regierungen in Europa haben eine Reihe von Gesetzen beschlossen, um gegen die "Flut" von ImmigrantInnen und AsylbewerberInnen vorzugehen. Karrieristische Gewerkschaftsführer verhalten sich nicht besser; sie sind unfähig, die organisierte Arbeiterbewegung zu mobilisieren, um die rassistischen und rechtsradikalen Parteien zu stoppen. Die arbeiterfeindliche Politik von konservativen und sozialdemokratischen Regierungen hat der extremen Rechten erlaubt, eine gewisse Zuhörerschaft für ihre vergiftende Demagogie zu finden. Die Rassisten behaupten, Minderheiten seien Schuld an Arbeitslosigkeit, Sozialkürzungen und Entlassungen. Deshalb ist der Kampf gegen Rassismus verbunden mit dem Kampf für Arbeitsplätze, soziale Sicherung, gute Wohnungen, kostenlose Bildung und für eine Rente, von der alle RentnerInnen leben können. Wenn keine ernsthafte sozialistische Alternative aufgebaut wird, besteht die Gefahr, dass Teile der Arbeiterklasse und der Mittelklassen auf die rassistischen und rechtsradikalen Ideen hereinfließen.

Trotzdem kann die Machtergreifung der extremen Rechten, egal in welchem Land, zu einem Ausbruch von Kämpfen und Massenprotesten führen. Dies zeigte sich in Österreich Anfang 2000, als SchülerInnen in den Streik traten und 300.000 Menschen an einer Massendemonstration gegen die neue Koalition aus der Haider-Partei und der konservativen ÖVP teilnahmen.

Die EU baut eine "Festung Europa" gegen Flüchtlinge und Asylsuchende auf. Die Bosse und ihre Regierungen benutzen Rassismus bewusst, und versuchen damit die Arbeiterklasse zu spalten.

Nur eine einheitliche Bewegung der Arbeiterklasse kann rechtsnationalistische Parteien davon abhalten, den Volkszorn gegen den globalen Kapitalismus auszunutzen. Nur eine sozialistische Massenbewegung kann nationale und ethnische Spaltungen unter den Massen zurückdrängen und verhindern, dass die Gesellschaft in einen Teufelskreis aus Gewalt, Bürgerkriegen und Chaos gerät.

Rassismus muss ausgerottet werden, wo immer er seine hässliche Fratze zeigt; das ist nur durch Massenaktionen und einen gemeinsamen Kampf zur Verteidigung von sozialen Rechten und Arbeitsplätzen möglich.

Forderungen

Das CWI tritt ein für:

- Arbeitereinheit - gegen Rassismus
- Für ein wirkliches Recht auf Asyl
- Gegen Arbeitsplatzabbau und Sozialkürzungen
- Für einen angemessenen Mindestlohn, Vollbeschäftigung und bezahlbare Wohnungen für alle

Das KAI kämpft für:

- Keine Einschränkungen von gewerkschaftlichen Rechten. Abschaffung aller Anti-Gewerkschaftsgesetze. Das Recht für ArbeiterInnen sich zu organisieren und jegliche kollektive Maßnahme auf nationaler und internationaler Ebene zu ergreifen, die sie als notwendig betrachten.
- Für eine demokratische und kämpferische Gewerkschaftsbewegung, die als unabhängige Vertretung der Arbeiterklasse auftritt und handelt. Hauptamtliche Funktionäre müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein und nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn erhalten.
- Internationale Aktionen und Kampagnen (einschließlich Streiks, weltweite Aktionstage, Blockaden und Boykotts) müssen gegen die Angriffe der Bosse auf Sozialrechte und Arbeitsplätze und zur Verteidigung von Arbeitnehmerrechten und der Umwelt organisiert werden. Gewerkschaftliche Kämpfe müssen mit der Idee verbunden werden, die Welt zu verändern, die Macht der großen Monopole, die die Mehrheit der Menschheit im Würgegriff hat, zu brechen.
- Für die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses. Für die Öffnung der Geschäftsbücher des Großkapitals. Lasst die ArbeiterInnen wissen, wohin all die riesigen Profite, Steuerrückzahlungen und Subventionen geflossen sind. Keine Arbeitsplatz- oder Produktionsverlagerung ohne die Zustimmung der ArbeiterInnen. Alle Betriebe, die ganz oder teilweise geschlossen werden sollen, müssen in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle durch die ArbeiterInnen überführt werden. Für die Enteignung der Vermögen all der Konzerne, die die Arbeitsplätze und -bedingungen, und damit die Zukunft der Gesellschaft, angreifen oder die die Umwelt verschmutzen.

Unter dem Joch des Imperialismus

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Aufgabe Afrikas, Asiens und eines großen Teils von Lateinamerika darauf reduziert, den Weltmarkt mit Rohstoffen und billigen Arbeitskräften zu versorgen. Die Profite, die in den Kolonien gemacht wurden, flossen in die dominierenden imperialistischen Länder. Der Kolonialismus war der größte Diebstahl und Landraub in der Geschichte.

In den Jahrzehnten nach 1945 waren die imperialistischen Mächte gezwungen, ihre direkte militärische Dominanz in der kolonialen Welt aufzugeben. Dies geschah einerseits, weil die Kosten der direkten Herrschaft zu teuer geworden waren und andererseits, weil die Bewegungen für soziale und nationale Befreiung unaufhaltsame Dimensionen angenommen hatten.

Unabhängigkeit hat jedoch nicht die Probleme der Massen in den Ländern gelöst, die heute als die "Entwicklungsländer" bezeichnet werden. Die Superausbeutung der Armen setzte sich nach der Aufgabe der Kolonien durch den Imperialismus fort. Durch ihre Kontrolle über die Produktionsmittel und den Weltmarkt haben sich die imperialistischen Monopole abgesprochen, um die ärmeren Ländern gemeinsam auszubeuten. Das alte koloniale System wurde durch einen Neokolonialismus ersetzt, der auf der Dominanz der multinationalen Konzerne und des Imperialismus beruht. Und die Daumenschrauben wurden in den letzten zwanzig Jahren angedreht. 1980 war der durchschnittliche Bewohner der westlichen Welt fünfzehnmal reicher als der durchschnittliche Afrikaner. Zwanzig Jahre später ist dieses Verhältnis auf unglaubliche fünfzig zu eins angestiegen!

Die ärmeren Länder sind durch die wirtschaftlichen und politischen Regeln, die

von den imperialistischen Mächten aufgestellt werden, dazu verurteilt ausgeplündert zu werden. Allein die Tatsache, dass die Rohstoffe, die Produktion und der Handel in den Händen der multinationalen Konzerne sind, hat es für die "Entwicklungsländer" unmöglich gemacht sich zu entwickeln und zum Westen aufzuschließen. Ungleiche Handelsbedingungen, die von den imperialistischen Ländern diktiert werden, bedeuten, dass Exporte (hauptsächlich Rohstoffe) aus den ärmeren Ländern billiger sind, als produzierte Waren und Technologie, die diese Länder aus dem Westen importieren müssen. Es macht auch keinen Unterschied, ob die armen Länder den Umfang ihrer Exporte steigern. Sie werden doch mit niedrigeren Einkommen enden, da der Wert ihrer Exporte fallen wird. Um noch mehr Salz in die Wunden zu streuen, sind die Zölle der reichen kapitalistischen Länder gegen Importe aus den ärmeren Ländern viel höher als die Zölle gegen Produkte aus anderen reicheren Ländern. Das führt dazu, dass die ärmeren Länder bis zu 700 Milliarden US-Dollar jährlich verlieren.

Es gibt im Kapitalismus keinen "fairen Handel". Die multinationalen Konzerne haben die Angebotswege im Würgegriff - nur vier Konzerne in jeder Industrie kontrollieren 90 Prozent der Exporte von Korn, Weizen, Kaffee, Tee und Ananas. Folglich werden die Ärmsten auf den Weltmärkten marginalisiert und mehr und mehr auch in ihren Heimatmärkten, solange die multinationalen Konzerne den Ton angeben.

Die daraus folgende Intensivierung neoliberaler Politik hat zu einer unerträglichen Situation für die Massen geführt. Das Reichtumsverhältnis zwischen den reichsten und ärmsten Ländern der Welt lag 1820 bei ungefähr drei zu eins und 1997 bei 74 zu eins.

Die Lösung der Landfrage und die Zukunft der ländlichen Bevölkerung ist eng verknüpft mit dem Kampf für den Sturz des Kapitalismus und für die Errichtung einer Regierung der ArbeiterInnen und der Armen - einer sozialistischen Regierung. Eine solche Regierung würde sofort den Landbesitz der großen kapitalistischen Grundbesitzer (Agrobusiness) enteignen und es an die kleinen Bauern/Bäuerinnen und an die Landlosen verteilen. Der Staat würde dann billige Darlehen an die Bauern/Bäuerinnen vergeben, öffentliche Fonds für nahrhafte

Lebensmittelproduktion einrichten und Anreize zur Bildung von Kooperativen und landwirtschaftlichen Kollektiven anbieten.

Das CWI unterstützt den Kampf für "Land an die LandarbeiterInnen" der von den ländlichen Armen geführt wird. In Brasilien haben hunderttausende landlose Bauern/Bäuerinnen die Aufgabe übernommen selber eine lang überfällige Landreform durchzusetzen. Die zwanzig größten Landeigentümer in Brasilien besitzen mehr Land als die 3,3 Millionen kleinsten Bauern/Bäuerinnen.

Der Kampf für eine fundamentale Veränderung in Afrika, Asien und Lateinamerika muss heute mit dem Kampf der Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern verbunden werden. Die historische Verspätung der sozialistischen Revolution im Westen hat das Leben für die Massen in der neokolonialen Welt in einen nicht enden wollenden Albtraum verwandelt.

Für die Nichtbezahlung der Schulden!

Die Schuldenbelastung, die den ärmsten Ländern von den sogenannten "zivilisierten" und "aufgeklärten" Großmächten aufgezungen wird, tötet dreizehn Kinder pro Minute alleine in Afrika. 1999 zahlte die ärmste Region der Welt, Afrika südlich der Sahara, 42 Millionen US-Dollar täglich an Schuldentrückzahlungen.

In Afrika, wo nur jedes zweite Kind eine Schule besucht, zahlen Regierungen vier Mal soviel Geld für Schuldentrückzahlung an Gläubiger in der industrialisierten Welt, als sie für Gesundheitsversorgung und Bildungswesen ausgeben.

Dieser ekelregende Zustand hat einen Aufschrei der Empörung unter ArbeiterInnen und Jugendlichen international zur Folge gehabt und die imperialistischen Mächte in die Defensive gedrängt. Jedoch wird der teilweise Schuldenerlass, der von den reicheren Ländern vereinbart wurde, wenig ändern. Der westliche Imperialismus ist sich der Tatsache völlig bewusst, dass die ärmsten Länder niemals in der Lage sein werden die gesamten Schulden (2,5 Billionen US Dollar) zurückzahlen. Die USA haben schon

Das CWI tritt ein für:

- Nichtzahlung von Auslandsschulden
- Verstaatlichung der Banken und Finanzinstitutionen bei demokratischer Arbeiterkontrolle
- Schmeißt IWF/Weltbank und ihre Agenten raus!
- Entschädigungslose Enteignung allen Reichtums, den die herrschenden Eliten durch Korruption erlangt haben.

Forderungen

begonnen einen Teil der Schulden abzuschreiben, als die FührerInnen der reicheren Länder dazu gezwungen waren so zu tun, als ob sie auf das Elend der Armen reagieren würden. Aber natürlich basiert dieser sogenannte Schuldenerlass auf Konditionen, die von den wichtigsten imperialistischen Ländern und ihren Institutionen, wie dem IWF, entschieden werden. Das bedeutet mit anderen Worten, dass der Schuldenerlass in den Händen der VertreterInnen des Imperialismus ein Instrument erhöhter Ausbeutung werden könnte, wie das in Tansania und Sambia zu beobachten ist.

Tansania, ein Land in dem vier von zehn Menschen vor dem Erreichen ihres 35. Lebensjahres sterben, wurde vom IWF im Zusammenhang mit dem "Schuldenerlass" angewiesen Krankenhaus- und Studiengebühren einzuführen. Sambia wurde, ebenfalls um etwas "Schuldenerlass" zu erhalten, gezwungen seine Kupferminen zu privatisieren, was zu einem Arbeitsplatzabbau von 50.000 Stellen führte. Die Schulden und der "Schuldenerlass" werden von den wichtigsten imperialistischen Mächten als Waffen eingesetzt, um Privatisierungen und Deregulierung zu beschleunigen. Nachdem einige Schulden abgeschrieben wurden, bleibt alles beim Alten.

Ein Drahtseilakt

Die Zukunft des Planeten darf nicht in den Händen kapitalistischer PolitikerInnen, Generäle und Diplomaten bleiben. Internationale Organisationen, wie die Vereinten Nationen, sind von den großen imperialistischen Mächten kontrolliert und werden es immer sein. Die PolitikerInnen reden über "Frieden", "kollektive Sicherheit",

"humanitäre Militärinterventionen", während sie gleichzeitig jeden Tag Milliarden Dollar für Waffen ausgeben, Waffen an jeden verkaufen, der bereit ist dafür zu zahlen und einen permanenten Krieg gegen die Arbeiterklasse und die Armen führen. Krieg ist die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln.

Die weltweit aufgetürmten Atomwaffen sind eine Bedrohung für das Überleben der Menschheit. Nur in der Fantasiewelt von Rechtsradikalen kann ein Atomkrieg "gewonnen" werden. Über Jahrzehnte haben die katastrophalen Ergebnisse eines Atomkrieges die Benutzung dieser Waffen verhindert. Es ist nicht im Interesse der herrschenden Klasse das Huhn zu schlachten, dass die goldenen Eier legt - die Arbeiterklasse. Aber das beantwortet die Frage nicht vollständig. Langfristig kann die Machtergreifung der "Eisernen Ferse", einer brutalen, instabilen Diktatur in den USA, Europa oder anderen industrialisierten Ländern zur Realität werden, wenn die Arbeiterklasse wiederholt daran scheitern sollte die Macht in die eigenen Hände zu nehmen und eine Reihe schlimmer Niederlagen erleiden muss. Der herrschenden Klasse wird es sehr schwer fallen, solche wahnsinnigen, atomar bewaffneten Regime zu kontrollieren. Das könnte die Möglichkeit eröffnen, dass ein solches monströses Regime sich dazu hinreißen lässt den "ersten Schlag" gegen eine konkurrierende Macht auszuteilen und zu versuchen einen Nuklearkrieg zu "gewinnen", um den sozialen und ökonomischen Krisen zu entkommen.

Die Rüstungsindustrie muss in öffentliches Eigentum überführt werden, um Pläne für eine alternative Produktion zu erarbeiten und sicherzustellen, dass die Mittel, die für Militärforschung und Waffenproduktion aus-

gegeben wurden, künftig zum Wohle der Menschheit genutzt werden.

Präsident Bush hat klar gemacht, dass er bereit ist, Milliarden von Dollar in das "Krieg der Sterne"-Projekt zu stecken (eine Variante der Vision des früheren US-Präsidenten Ronald Reagan von einem Raketenabwehrschirm im Weltraum). Die Kosten des "Nationalen Raketenabwehrsystems (NMD)" werden auf 60 bis 100 Milliarden US-Dollar geschätzt. Selbst der in Rente gehende britische Chef des Verteidigungsstabes nannte es "verdammt teuer und extrem schwierig zu benutzen" und warnte vor einem "Szenario des Jüngsten Tages". Die Idee hinter NMD ist der Schutz der USA vor einem Atomangriff nicht durch das zusammenbrechende Nordkorea oder durch eine "Terroristengruppe" (diese "Bedrohung" wird nur aus Propagandagründen aufrecht erhalten), sondern von einem der militärischen Konkurrenten, insbesondere Russland und China. Für die reaktionären Falken im Pentagon gilt, wer den Weltall kontrolliert wird auch den Planeten kontrollieren. Eine neue Militarisierung tausende Kilometer über dem Planeten wird unausweichlich die Folge von NMD sein und weitere Instabilität und Unsicherheit in der Neuen Weltordnung, die in den 90er Jahren geschaffen wurde, verursachen.

Neue Massenparteien von ArbeiterInnen und Jugendlichen

Niemand tut etwas für uns" - das ist wahrscheinlich eine der am häufigsten zu hörenden Aussagen in Arbeitervierteln. In den meisten Fällen haben ArbeiterInnen und Jugendliche keine politische Vertretung.

Die völlige kapitalistische Transformation der früheren Arbeiterparteien in den 90er Jahren macht es notwendig die Grundlage für die Schaffung neuer demokratischer, sozialistischer Massenparteien der Arbeiterklasse und der Jugend zu schaffen. Die alten Parteien, wie die Sozialdemokraten in Westeuropa, haben sich von Parteien, die trotz der Kontrolle durch eine kapitalistische Führung als Verteidigerinnen der Interessen der Arbeiterklasse gesehen wurden, zu Parteien entwickelt, die offen den globalen Kapitalismus und die neoliberale Agenda verteidigen.

Gleichzeitig arbeitet das CWI daran Mitglieder zu unseren Parteien und Gruppen zu gewinnen und Unterstützung für die Ideen, das Programm und die Methoden des revolutionären Sozialismus (Marxismus) zu gewinnen. Es gibt keinen Widerspruch zwischen diesen beiden Aufgaben. Tatsächlich verlaufen sie Hand in Hand. Breite Massenparteien der Arbeiterklasse können den Kapitalismus nur erfolgreich stürzen,

Forderungen

Das KAI kämpft für:

- Eine sofortige und drastische Kürzung der Militärausgaben. Eine weltweite Kampagne gegen chemische und biologische Waffen und für die internationale Abschaffung von Atomwaffen.
- Völlige Abschaffung der Geheimdiplomatie und Veröffentlichung der Verträge, die von den imperialistischen Plünderern geschlossen wurden.
- Völlige Opposition gegen die NATO und ein Nein zu einer EU-Armee.
- Demokratische und gewerkschaftliche Rechte für Soldaten und Wehrpflichtige. Wahl von Offizieren.
- Gleichzeitig sehen wir jedoch, dass die herrschenden Klassen entmachtet werden müssen, um dauerhafte Abrüstung zu erzielen. Der Kampf für weltweiten Sozialismus ist deshalb der Kampf für dauerhaften Frieden.

wenn sie vom Programm und den Ideen des Marxismus durchdrungen sind. Das CWI versucht diesen Prozess wo immer es möglich ist voran zu treiben. Bei Wahlen wollen wir mit anderen linken Parteien oder unabhängigen linken KandidatInnen zusammen arbeiten, einschließlich gemeinsamer Listen und Bündnisse, wenn eine Übereinstimmung erzielt werden kann. In den Gewerkschaften arbeiten wir am Aufbau von linken Oppositionen, die für unabhängige, demokratische und kämpferische Gewerkschaften eintreten, die ihre Mitglieder wirklich vertreten.

Durch Massenkämpfe und unter dem Eindruck großer Ereignisse, wird die Arbeiterklasse die Notwendigkeit erkennen, eine eigene politische Partei aufzubauen. Das wird einen großen Schritt vorwärts bedeuten und die politische Situation in der Gesellschaft drastisch verändern. Jedoch hat die Geschichte der Arbeiterbewegung gezeigt, dass es nur auf der Grundlage eines klaren sozialistischen Programms und der Methode des Klassenkampfes möglich sein wird die politische Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung zu bewahren und die Tür für Karrierismus und Opportunismus zu verschließen.

Das CWI kämpft für neue sozialistische Massenparteien der Arbeiterklasse. Wir stehen für eine neue Masseninternationale - eine Weltpartei des Sozialismus.

Der Klassenkampf im 21. Jahrhundert

Der Bewegung der Unterdrückten stehen gewaltige Mächte gegenüber. Die kapitalistische Klasse hat ein raffiniertes System zur Machterhaltung entwickelt indem es Zuckerbrot und Peitsche benutzt und das Prinzip "Teile und Herrsche" unter den Lohnabhängigen anwendet. Der Staat und seine bewaffneten Einheiten, die Medien und das Bildungssystem sind in den Händen der kapitalistischen Klasse und werden benutzt, um die wirtschaftliche, ideologische und politische Dominanz der herrschenden Klasse aufrecht zu erhalten und die derzeitige kapitalistische Ordnung zu bewahren.

Die Arbeiterklasse stellt fast überall die absolute Mehrheit der Bevölkerung. Eine wachsende Zahl von Menschen auf der Welt

ist - direkt oder indirekt - davon abhängig ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Die Weltbank hat diese Zahl 1995 auf 2,5 Milliarden geschätzt. Es wird geschätzt, dass die Arbeiterklasse ihre Größe weltweit seit 1975 verdoppelt hat. Soviel zu all dem Unfug, dass die Arbeiterklasse nicht mehr existiere und der Klassenkampf eine Angelegenheit der Vergangenheit sei! Gleichzeitig ist die kapitalistische Klasse, die Klasse, die die Produktionsmittel und den von ArbeiterInnen produzierten Reichtum besitzt, eine kleine, aber mächtige Minderheit in der Gesellschaft. "Die gesamte herrschende Klasse der USA könnte sehr leicht im Yankee Stadion, das 57.000 Plätze hat, untergebracht werden", schrieb Michael Zweig in seinem Buch "The Working Class Majority (Die Mehrheit Arbeiterklasse)". Und das bei einer Gesamtbevölkerung von 270 Millionen! Derselbe Autor schätzte bei Anwendung einer engen Definition von Arbeiterklasse, dass "die Arbeiterklasse die große Mehrheit [der Bevölkerung] stellt ..., die mehr als 60 Prozent der Erwerbstätigen stellt."

IndustriearbeiterInnen, Beschäftigte im Einzelhandel und Dienstleistungsgewerbe und des öffentlichen Dienstes sind alle Teil der Arbeiterklasse. Wichtige Veränderungen in der geographischen und geschlechtlichen Zusammensetzung der internationalen Arbeiterklasse haben ArbeiterInnen neue Kraft und potenzielle Macht gegeben. Mehr Frauen als jemals zuvor sind abhängig beschäftigt, was wahrscheinlich eine der wichtigsten sozialen Veränderungen der letzten Jahrzehnte ist. Trotzdem müssen Frauen nach wie vor eine doppelte Last aufgrund der Klassen- und Frauenunterdrückung im Kapitalismus tragen.

Das neue, brutalere Regime, das in den Betrieben durchgesetzt wurde, führt auch dazu, dass höhere Angestellte und Mittelschichten vor denselben Problemen stehen, wie die Arbeiterklasse: längere Arbeitszeiten, Verschuldung, Angst vor Arbeitsplatzverlust und stressbedingte Krankheiten. Wichtige Teile der Mittelschichten und Selbständigen sind näher an die Arbeiterklasse gerückt und sind bereit gemeinsam mit ArbeiterInnen zu kämpfen. Das zeigte sich bei den Streiks und Protesten, die 1995 in Frankreich stattfanden und bei den eintägigen Generalstreiks, die Griechenland im April und Mai 2001 zum Stillstand gebracht haben. Außerdem hat die städtische Arbeiterklasse in Afrika, Asien und

Lateinamerika mit der Dorfarmut, den Landlosen und armen Bauern/Bäuerinnen einen engen Verbündeten.

Monopolisierung und die Entwicklung einer fortgeschrittenen und globalen Produktionsmethode hat tatsächlich das spezifische Gewicht und die Rolle der Arbeiterklasse im Kapitalismus erhöht. Je weiter sich der Kapitalismus entwickelt hat, desto mehr Menschen hat er zu Lohnabhängigen gemacht.

Eine kleine Gruppe von ArbeiterInnen kann ein Land zum Stillstand bringen. So hat 1997 ein Streik von LKW-FahrerInnen zum Beispiel nicht nur Frankreich, sondern auch große Teile von Europa zum Stillstand gebracht. Eine Gruppe von ProtestierenderInnen hat im September 2000 die Öl- und Benzinversorgung in Großbritannien abgeschnitten.

Es ist genau diese besondere Rolle in der Produktion und Verteilung, die der Arbeiterklasse ihre kollektive Macht und ihr Kollektivbewusstsein gibt. Es ist ihr Kollektivbewusstsein und ihre Möglichkeiten als Klasse, die es der Arbeiterklasse ermöglichen die führende Rolle bei revolutionären Prozessen zu spielen und die Grundlage für den Sozialismus zu schaffen. Das gilt auch für die ärmeren Länder, in denen die Arbeiterklasse einen kleineren Teil der Bevölkerung stellt als im Westen. Sie spielt die entscheidende Rolle im Kampf gegen Imperialismus, Kapitalismus und Großgrundbesitz. Ein Guerillakampf auf dem Land kann den Kampf der ArbeiterInnen in den Städten unterstützen. Aber ohne die bewusste Führung einer revolutionären Bewegung durch die Arbeiterklasse wird es nicht möglich sein ein neues Regime auf der Grundlage von Arbeiterdemokratie (ein demokratisch-sozialistisches Regime) zu schaffen, das in der Lage sein wird den Aufbau des Sozialismus zu beginnen.

Das Ende des Milosevic-Regimes in Jugoslawien im Jahr 2000 war eine anschauliche Illustration der entscheidenden Rolle der Arbeiterklasse in einer Revolution. Es waren die Streikaktionen von serbischen ArbeiterInnen, die die Entschlossenheit der Polizeikräfte gebrochen hat. Mit dem Übergang der Polizisten zu den ArbeiterInnen und Jugendlichen waren die Tage von Milosevic gezählt. Die arbeitenden Massen Serbiens

brauchten nur eine Woche, um das alte Regime wegzufegen. Eine Aufgabe derer die NATO sich unfähig erwies, obwohl sie ihre gesamte militärische Macht während des elfwöchigen Krieges 1999 losgelassen hat.

Um ihre Macht aufrecht zu erhalten benutzen die Kapitalisten die "Teile und Herrsche"-Taktik. Das ist das wichtigste Instrument der Bosse, um Uneinigkeit unter die ArbeiterInnen zu bringen und rückständige Vorurteile gegen Frauen, ImmigrantInnen, Flüchtlinge, Schwule und Lesben zu verstärken. Um jedoch erfolgreich zu kämpfen müssen ArbeiterInnen Trennungen entlang nationaler, sexueller oder religiöser Linien überwinden - Einheit ist Stärke. Deshalb ist die organisierte Arbeiterbewegung der Schlüssel um alle Spaltungen und Vorurteile, die im Kapitalismus existieren zu überwinden.

Die Zukunft in der Hand

Der Kampf der Unterdrückten ist zuerst und vor allem ein Kampf der Jugend und der ArbeiterInnen. Oft inspiriert der Kampf junger Menschen die ältere Generation auf die Straße zu gehen. Jugendliche haben immer eine Schlüsselrolle in der sozialistischen Bewegung gespielt.

Zum jetzigen Zeitpunkt sind die meisten Mitglieder des CWI junge ArbeiterInnen, SchülerInnen und Studierende. Der Kampf der Jugend muss jedoch mit dem organisierten Kampf der Arbeiterklasse verbunden werden. Indem man Jugendliche und ArbeiterInnen zusammen bringt entsteht eine mächtige Kraft, stark genug um die kapitalistische Herrschaft zu beenden. Ein Beispiel hierfür haben wir bei den Demonstrationen gegen den globalen Kapitalismus im September 2000 in Melbourne gesehen. Unsere Organisation in Australien (die Sozialistische Partei) spielte eine entscheidende Rolle bei der Herstellung der Verbindung zwischen Gewerkschaften, vor allem der Bauarbeitergewerkschaft, und der antikapitalistischen Jugend, was dazu führte, dass der Protest vom 11. September in Melbourne zu einem weiteren Meilenstein im globalen Kampf gegen den Kapitalismus wurde.

Der Niedergang des Kapitalismus bedeutet, dass die junge Generation von heute die erste seit den 30er Jahren sein wird, der es schlechter gehen wird als ihren Eltern. Und

das nennen die Kapitalisten "Fortschritt"! Arbeitslosigkeit ist unter jungen Menschen höher als in anderen Teilen der Bevölkerung. Junge Frauen sind mit höherer Arbeitslosigkeit konfrontiert als junge Männer. Gleichzeitig verwenden Regierungen weniger Mittel für das Bildungswesen und führen Schul- oder Studiengebühren ein.

Die Kapitalisten und ihre Regierungen haben Jugendlichen insgesamt und insbesondere Arbeiterjugendlichen nichts anzubieten. Dieses System ist von oben bis unten verrotten und muss abgeschafft und durch eine demokratische, sozialistische Gesellschaft ersetzt werden.

Die Hälfte der Weltbevölkerung ist weiblich. Zwei Drittel aller auf der Welt verrichteter Arbeit wird von Frauen verrichtet und doch erhalten Frauen nur ein Zehntel des weltweiten Einkommens.

Arbeiterinnen sind nach wie vor mit doppelter Unterdrückung konfrontiert - der doppelten Belastung durch die Ausbeutung als Arbeiterin und als Frau. Weltweit verdienen Frauen nur durchschnittlich 75 Prozent der Männerlöhne und tragen immer noch die Hauptverantwortung für Kindererziehung und Hausarbeit, unabhängig davon wie viel sie arbeiten müssen.

Viele Frauen sind Opfer von Gewalt und Missbrauch innerhalb und außerhalb der Familie. Die sogenannte Schönheitsindustrie, Werbung, Magazine, Filme usw. verbreiten ein erniedrigendes und sexistisches Frauenbild. Die Pornoindustrie, ein Symbol des krankhaften Charakters des Kapitalismus, macht Milliarden Dollar durch den globalen Handel mit Sex und durch Prostitution.

Der Neoliberalismus ist ein Frontalangriff gegen die Rechte und die Stellung von Arbeiterinnen und in seinem Gefolge kam eine ideologische und religiöse Kampagne gegen Frauenrechte, vor allem gegen alleinerziehende Mütter.

Alle Parteien und Organisationen des CWI haben Initiativen und Kampagnen zu Themen, die Frauen direkt betreffen, ergriffen. Mitglieder des CWI haben nationale Kampagnen gegen den Billiglohnskandal, Kürzungen bei öffentlichen Leistungen, häusliche Gewalt und Sexismus initiiert.

Als SozialistInnen sehen wir Frauenrechte nicht darin erfüllt die Unterdrückung von männlichen Arbeitern im Kapitalismus zu teilen. Der Kampf für Gleichheit und, mehr noch, für eine wirkliche Befreiung von Frauen und Männern muss den Kampf gegen die Klassenausbeutung beinhalten. Der Kampf für die Gleichheit der Geschlechter und der Kampf für Sozialismus gehören zusammen. Eine vereinigte Bewegung der Arbeiterklasse und vieler Männer und Frauen der Mittelschichten wird Vorurteile abbauen und das Verhältnis zwischen den Geschlechtern ändern.

Die Abschaffung der Klassengesellschaft und der Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaft, auf der Basis demokratischer Einbindung und Kooperation der Massen, würde die sozialen Verhältnisse, die auf Hierarchien und den Missbrauch einer Gruppe durch eine andere aufgebaut sind, abschaffen. Das würde sich auch in Einstellungen, Kultur und Ideologie niederschlagen.

Wie wird Sozialismus funktionieren?

Wie werden sich die Dinge nach einer sozialistischen Revolution entwickeln? Karl Marx war der erste, der sagte, es sei unmöglich ein detailliertes Modell der zukünftigen Gesellschaft zu entwerfen. Eine sozialistische Gesellschaft wird sich unter der bewussten Kontrolle der Arbeiterklasse befinden, der Mehrheit der Gesellschaft, die entscheiden wird, wie die Gesellschaft gestaltet wird. Im Kapitalismus wird die parlamentarische Demokratie als die höchste Stufe demokratischer Herrschaft dargestellt. Aber diese erlaubt es den Menschen nur alle vier oder fünf Jahre zu wählen, während die Gesellschaft immer noch von einer Elite beherrscht wird. Das CWI verteidigt alle demokratischen Rechte, einschließlich des Wahlrechts. Aber dieses Recht wird durch den Mangel an einer echten Alternative und den politischen Einfluss des Großkapitals untergraben.

Ein Arbeiterstaat würde völlig anders aussehen. Demokratische Räte oder Komitees der arbeitenden Menschen würden auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene arbeiten. Alle Delegierten zu diesen Räten wären jeder-

zeit wähl- und abwählbar. Gewerkschaften wären von staatlichen Eingriffen unabhängig. Die Regierung und andere staatliche Institutionen würden von diesen Gremien kontrolliert. Verschiedene politische Parteien hätten die völlige Freiheit sich zu betätigen, vorausgesetzt sie stellen sich nicht auf die Seite der Konterrevolution. Ein Arbeiterstaat würde zu einem Aufblühen der Selbstorganisation und Kreativität der Arbeiterklasse führen. Die Wirtschaft würde in Staatseigentum unter Arbeiterkontrolle überführt, als ersten Schritt zur Schaffung einer Gesellschaft des Überflusses.

Die KritikerInnen des Sozialismus sagen, dass wirtschaftliche Planung nicht funktionieren kann ("guckt Euch doch die Sowjetunion an") und dass nur der Markt auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen kann. Die "Unmöglichkeit" von nationaler und internationaler Planung ist eine der ältesten Mythen des Kapitalismus. Die Wahrheit ist, dass ohne Planung und Ziele gar nichts funktionieren könnte. Die Multis können ohne einen Plan nicht global handeln. Sie benutzen die neuen Technologien zur Feinabstimmung des Angebots mit der Nachfrage, das heißt sie versuchen genau zu kalkulieren, wie viel der Markt aufnehmen kann. In den Händen des Großkapitals handelt es sich dabei um so etwas wie ein Ratespiel für Fortgeschrittene, aber es gibt einen Eindruck davon, wie die neuen Technologien als Mittel benutzt werden könnten, um die Wirtschaft insgesamt zu planen. Die Planung der multinationalen Konzerne beschränkt sich auf eine Firma oder einen Bereich der Wirtschaft und ist angetrieben von den Interessen der Großaktionäre. Das ist ein Versuch die Anarchie des Marktes zu überwinden, der natürlich zum Scheitern verurteilt ist, weil der Kapitalismus auf Grundlage der blinden und chaotischen Marktkräfte funktioniert. Produktion für den Profit statt für Bedürfnisse bedeutet unausweichlich, dass die Ausweitung von Märkten und Konsum immer dahin tendiert hinter die Ausweitung der Produktion zurückzufallen, was zu Rezessionen und wirtschaftlichen Abstürzen führt.

Der Kapitalismus ist auch ein hierarchisches, und damit äußerst bürokratisches System. Er ist nur daran interessiert das Wissen und die Erfahrung von ArbeiterInnen zur Erzielung kurzfristiger Profite auszubeuten. Es kann keinen kooperativen Plan zwischen ArbeiterInnen und Bossen im Kapitalismus

geben, ganz zu Schweigen von Demokratie. Warum sollten ArbeiterInnen bereit sein Vorschläge zur Effektivierung oder Verbilligung von Produktion und Verteilung zu machen, wenn sie Gefahr laufen, dass solche Maßnahmen sich gegen sie selber richten werden? Aber warum sollte eine Arbeiterregierung keinen Plan im Interesse der arbeitenden Bevölkerung ausarbeiten können, wenn die multinationalen Konzerne Pläne im Interesse der Großaktionäre ausarbeiten können?

Die Aufgabe der sozialistischen Revolution ist es demokratische Planung in der gesamten Gesellschaft einzuführen. Es ist notwendig die Produktionsmittel von ihren heutigen parasitären Eigentümern zu trennen und die Gesellschaft im Einklang mit einem demokratischen und rationalen Plan zu gestalten. Dann wird es innerhalb relativ kurzer Zeit möglich sein, den Lebensstandard der Weltbevölkerung zu erhöhen. Durch einen geplanten Einsatz der Ressourcen könnte der produzierte Reichtum dazu genutzt werden die Arbeitszeit radikal zu verkürzen und es dadurch jedem und jeder ermöglichen an der Leitung der Gesellschaft teilzuhaben. Verstaatlichte Betriebe in einem Arbeiterstaat wären nicht vergleichbar mit den alten bürokratischen, verstaatlichten Betrieben im Kapitalismus. Arbeiterkontrolle würde dazu führen, dass jeder Betrieb und jede Fabrik von gewählten Räten geleitet würden, die der gesamten Belegschaft gegenüber rechenschaftspflichtig wären.

Würden ArbeiterInnen immer noch von "ExpertInnen" und "SpezialistInnen" geführt werden müssen? Es sind die ArbeiterInnen, die selber das beste Verständnis der Produktionsabläufe haben. Im Kapitalismus gibt es ManagerInnen, um die Ausbeutung aufrecht zu erhalten und aus Marketinggründen usw. Im Sozialismus gäbe es keinen Platz für solche Funktionen. Natürlich würden technische ExpertInnen gebraucht, solange es keine drastischen Verbesserungen im Bildungsstand der Massen gibt. Diese "ExpertInnen" würden aber von den demokratischen Gremien in den Betrieben angeleitet und kontrolliert.

Durch die Produktion für Bedürfnisse und durch eine drastische Arbeitszeitverkürzung könnten die Menschen daran gehen, eine neue Gesellschaft aufzubauen, die auf der Solidarität zwischen den

Menschen basiert. Die enormen Fähigkeiten und das potenzielle Wissen eines jeden Menschen würden zum ersten Mal im Interesse der Gesellschaft eingesetzt. Dasselbe gilt für Wissenschaft und Forschung, welche zur Zeit durch das Profitsystem beschränkt und verschwendet werden und durch Patentrechte und "geistiges Eigentum" eingesperrt sind.

Arbeiterkontrolle und Verstaatlichung der Industrie sind die Grundlagen für die Einführung einer Planwirtschaft. Es ist ein himmelweiter Unterschied zwischen sozialistischer Planung und der undemokratischen, bürokratischen Planung von oben nach unten, die es unter dem Stalinismus in der früheren UdSSR und Osteuropa gab. Ein Produktionsplan braucht Demokratie wie der menschliche Körper Sauerstoff braucht. Ein demokratischer, sozialistischer Plan wäre das Ergebnis von Diskussionen über die Frage, wie das Nationaleinkommen am besten auf Investitionen, Konsum, Sozialleistungen und den Transfer von Ressourcen in die ärmeren Länder der Welt aufgeteilt würde. Die Bedürfnisse und die Prioritäten der Menschen würden ausgearbeitet. Demokratische Komitees würden auf jeder Ebene der Gesellschaft die Planung ausarbeiten und kontrollieren und notwendige Veränderungen und Korrekturen ausarbeiten.

Neue Technologien würden in den Händen der arbeitenden Bevölkerung dazu genutzt, um die Arbeitszeit zu verkürzen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Eine kürzere Arbeitszeit würde nicht nur zu mehr Arbeitsplätzen führen, sie würde den einfachen Menschen zum ersten Mal die Möglichkeit geben, Arbeit, soziale Beziehungen und Freizeitgestaltung mit der Aufgabe, die Gesellschaft zu leiten zu verbinden. Wenn die Mehrheit daran beteiligt ist Entscheidungen zu treffen und auszuführen, gibt es keinen Raum für Bürokratie und privilegierte Eliten.

Die Einführung einer sozialistischen Planwirtschaft würde viele der unnötigen Kosten der kapitalistischen Konkurrenz und der Produktion von unnützem Abfall reduzieren. Kapitalismus bedeutet, dass mehrfach parallel produziert, geforscht und entwickelt wird. Man verkauft uns viele Produkte (Waschpulver, Fernsehgeräte, Autos, etc.) die grundsätzlich gleich sind. Die Summe, die im Kapitalismus für Werbung ausgegeben wird,

wird auf 1.000 Milliarden Dollar im Jahr geschätzt! Dieses Geld alleine könnte Bildung, Gesundheitsversorgung, sauberes Wasser und Kanalisation für alle gewährleistet. Das Geld, das für das Militär ausgegeben wird - zehnmal mehr als alle Regierungen der Welt für das Bildungswesen ausgeben - könnte dazu genutzt werden Armut auszumerzen und Infektionskrankheiten zu bekämpfen.

Eine internationale sozialistische Wirtschaftsordnung würde den zyklischen Krisen des Kapitalismus, die die Zerstörung und Verschwendung von Produktivkräften durch Unterinvestition, Überproduktion und Massenarbeitslosigkeit verursachen, ein Ende bereiten. Ein geplanter Einsatz der Ressourcen würde die heutigen grotesken Ungleichheiten zwischen verschiedenen Kontinenten und Ländern schnell eliminieren und den Weg in eine Zukunft in Harmonie mit der Natur und der Umwelt aufzeigen. Am Anfang könnten alle Menschen mit ausreichend Nahrung, Kleidung und Wohnraum versorgt werden. Darüber hinaus würde sich die Gesellschaft in Richtung Überfluss und freie Verteilung der Produkte entsprechend den Bedürfnissen entwickeln.

Das wiederum würde es ermöglichen volle Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu erreichen. Ein Arbeiterstaat würde sofort eine Reihe von gesetzlichen und Bildungsmaßnahmen ergreifen, um die Unterdrückung der Frau zu bekämpfen, einschließlich Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen. Frauen würden den gleichen Lohn bekommen und Abtreibungen würden legalisiert. Um jedoch die Wurzeln der Frauenunterdrückung zu beseitigen, müsste die Rolle der Frau in der Familie angegangen werden, welche ein Produkt der Klassengesellschaft ist. Im Kapitalismus fällt den Frauen der Großteil der Hausarbeit und Kindererziehung zu. Das bedeutet für die Bosse unbezahlte produktive Arbeit. Es dient auch dazu die Arbeiterklasse zu spalten. Im Sozialismus würden Hausarbeit und Kindererziehung zu gesellschaftlichen Aufgaben, die effizient und sinnvoll umgesetzt würden.

Eine Arbeiterregierung würde weitreichende Gesetzesmaßnahmen zum Schutz der Rechte von Schwulen und Lesben ergreifen und Programme durchführen, die Vorurteile ausmerzen können. Das Ende der auf der Klassengesellschaft basierenden kapitalisti-

schen Kleinfamilie wird zur wirklichen Gleichheit und Befreiung von Frauen, sowie für Schwule und Lesben führen.

Kriege und Gewalt wären in einer sozialistischen Gesellschaft eine Sache der Vergangenheit, da die Menschen selber entsprechend ihrer Bedürfnisse an dem Aufbau einer neuen Gesellschaft teilnehmen würden. Warum sollte ein Land gegen ein anderes Land Krieg führen wollen, wenn Marktwirtschaft und kapitalistische Konkurrenz abgeschafft und durch eine weltweite sozialistische Kooperation ersetzt wurden, die das Leben aller transformieren würde? Ebenso würden die letzten Spuren von Rassismus und ethnischer und nationaler Spaltung in einer sozialistischen Gesellschaft verschwinden. Das bedeutet nicht, dass Rassismus, und schon gar nicht Sexismus, über Nacht verschwinden würden. Ihre Wurzeln liegen tief und würden für eine ganze Zeitspanne nach dem Ende des Kapitalismus weiter wirken. Jedoch wird die Arbeiterklasse nur auf der Grundlage von weitgehender Einheit zwischen Menschen verschiedener ethnischer Abstammungen an die Macht kommen können. In diesem Kampf werden viele Vorurteile überwunden werden. Eine sozialistische Gesellschaft hätte das Gemeineigentum und die kollektive Kontrolle über die Produktivkräfte zur Grundlage. Das würde ArbeiterInnen zusammen bringen, statt sie zu trennen. Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Armut - oftmals der Nährboden für Rassismus - würden ausgemerzt sein.

Am Beginn wird eine sozialistische Gesellschaft die Ressourcen ausnutzen müssen, die ihr der Kapitalismus vererbt. Das bedeutet, dass das Angebot an Gütern begrenzt sein wird und ArbeiterInnen weiterhin für Löhne werden arbeiten müssen, die sie dazu nutzen können, Güter zu kaufen. Der Sozialismus wird die Produktion in einem Maße erhöhen, dass das Angebot die Nachfrage übersteigt. Dann wird es nicht mehr nötig sein, Güter zu kaufen, sondern sie können entsprechend der Bedürfnisse verteilt werden. Die freie Verteilung wird schrittweise alle Bereiche betreffen, einschließlich Wohnung, Wasser, Gesundheitswesen, Bildung, Verkehr, Nahrungsmittel und Kultur.

Aber im Sozialismus wird nicht nur Reichtum verteilt und die bestehenden Ressourcen im Interesse der arbeitenden Menschen und nach einem demokratischen Plan genutzt wer-

den. Es wird auch neuer Reichtum entstehen. Das Ziel des Sozialismus ist es, allen Menschen auf dem Planeten den Zugang zu den nötigen Lebensgrundlagen zu ermöglichen. Dann könnten die Menschen das Leben wirklich genießen durch anregende Arbeit, Kultur und die Entwicklung von persönlichen und sozialen Beziehungen. Zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte würde die Zukunft ohne Angst, Gewalt und Unterdrückung aufgebaut.

Für die große Mehrheit der Menschen ist Arbeit im Kapitalismus anstrengend, langweilig und würdelos. Die Einführung neuer Technologien hat diese Situation nicht geändert, sondern sie hat die Ausbeutungsrate und das tyrannische Regime in den Betrieben sogar noch verschärft. Im Sozialismus würde Arbeit zu etwas lohnendem, sicherem und nützlichem. Die Arbeitszeit würde radikal verkürzt. Die Einführung neuer Technologien würde in einer Planwirtschaft zu einer größeren Verteilung der Arbeit führen. Darüber hinaus würden Technologie und Automatisierung kontinuierlich die notwendige physische Arbeit reduzieren und die würdelosen Arbeiten eliminieren. Diese Veränderungen würden auch dazu führen, dass Arbeitsteilung (in körperliche und geistige Arbeit und im Sinne der wachsenden Zersplitterung von Produktionsprozessen) schrittweise überwunden wird.

Wenn die Gesellschaft zur "höheren Stufe" des Sozialismus fortschreitet wird der Staat absterben und es wird keinen Bedarf mehr für Geld oder andere Überbleibsel der alten Ordnung geben, die in der Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus wahrscheinlich noch existieren werden. Unter diesen Bedingungen wird der Staat seine Zwangsfunktionen verlieren, es wird keine unterdrückte Klasse mehr geben, die am Boden gehalten werden muss und keine Unterdrückerklasse, die sich verteidigen will.

Die Vorstellung des Sozialismus hat in der Vergangenheit viele Millionen bewegt und wird das auch in der Zukunft wieder machen. Arbeitende Menschen, die Jugend, Frauen, die Armen und die Unterdrückten haben keine Wahl als den Weg des Kampfes einzuschlagen. Aber wenn wir die Gesellschaft grundlegend ändern wollen, dann muss der Kampf revolutionäre marxistische Ideen und Methoden annehmen. Das beinhaltet den

Kampf für Sozialismus international zu führen. Die Welt ist heute integrierter als zu jedem früheren Zeitpunkt in der Geschichte. Indem sie mit ihrer eigenen nationalen Kapitalistenklasse abrechnet, wird die Arbeiterklasse gezwungen sein auch die multinationalen Konzerne und die herrschende Klasse auf der ganzen Welt herauszufordern.. Der internationale Charakter der Anti-Globalisierungsbewegung zeigt, dass viele aus der neuen Generation junger AktivistInnen schon die Schlussfolgerung gezogen haben, dass der Kampf für die Veränderung der Welt international sein muss. Das ist ein enormer Schritt nach vorne, obwohl zum jetzigen Zeitpunkt nur eine Minderheit bewusste SozialistInnen sind.

Die Möglichkeiten Armut, Ungleichheit und sozialen Verfall zu beenden, existieren international, nicht in einem Land alleine. Ein sozialistischer Sieg in einem Land muss auf andere Länder ausgedehnt werden, ansonsten wird es nicht möglich sein eine Entwicklung zum Sozialismus einzuschlagen. Es ist unmöglich in einem Land eine sozialistische Insel inmitten eines Ozeans des globalen Kapitalismus zu schaffen, vor allem aufgrund der enormen Expansion des Weltkapitalismus. Eine internationale Herangehensweise ist daher eine absolute Notwendigkeit beim Kampf zur Veränderung der Gesellschaft. Deshalb gibt es heute keine wichtigere Aufgabe, als den Aufbau einer neuen sozialistischen Masseninternationale. Diese Schlüsselaufgabe hat sich das CWI gestellt. Alle ArbeiterInnen und Jugendlichen, die Teil dieses historischen Kampfes sein wollen, sollten sich uns heute anschließen.

Verschiedene Formen antikapitalistischer Politik

Dies ist eine überarbeitete Version eines Artikels, der erstmals im Mai 2001 in *Socialism Today* Nr. 56, der Monatszeitschrift der Sozialistischen Partei in England und Wales (CWI), veröffentlicht wurde.

Der Artikel untersucht die Ideen der prominentesten anti-kapitalistischen Veröffentlichungen, von PhilosophInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen. "Stellen Sie sich eine wunderbare neue Maschine vor, stark und geschmeidig, eine Maschine, die im selben Moment erntet, wie sie zerstört. Sie ist riesig und wendig, etwa wie die Maschinen in der modernen Landwirtschaft aber wesentlich komplizierter und viel stärker. Stellen Sie sich diese ehrfurchtgebietende Maschine vor wie sie über offenes Terrain fährt und die vertrauten Grenzen ignoriert. Sie pflügt über Feldern und Einzäunungen in einer wilden Fahrt die dazu anregt, sie anzublicken aber auch zu erschrecken. Wie sie so fährt wirft die Maschine enormen Reichtum und Gaben auf, während sie hinter sich große Furchen und Trümmer zurückläßt... Jetzt stellen Sie sich vor, an Bord gibt es zwar geschickte Hände, aber niemand ist am Lenkrad. Tatsächlich hat die Maschine gar kein Lenkrad und auch keine andere innere Vorrichtung um die Geschwindigkeit und die Richtung zu kontrollieren. Sie wird durch ihre eigene Vorwärtsbewegung angetrieben, gelenkt hauptsächlich durch ihren eigenen Appetit. Und sie beschleunigt sich". (*One World ready or not*, William Greider, Penguin Books, 1998)

Diese lebendige Metapher von William Greider aus dem Jahr 1997 beschreibt den scheinbar unaufhaltsam fortschreitend Marsch des globalisierten Kapitalismus. Aber nach den massiven weltweiten anti-globalisierungs/anti-kapitalistischen Protesten und Bewegungen, deren jüngste die gewaltige Demonstration in Quebec war, ist diese Beschreibung wohl nicht mehr vollständig zutreffend?! Diese haben deutlich gemacht, dass die Maschine zwar nicht vollständig

angehalten hat, aber das genug Hindernisse in die Speichen der Räder geworfen worden sind, um die Möglichkeit ihrer Entgleisung zu vergrößern.

Es stimmt zwar, dass die Vertreter der besitzenden Klassen der amerikanischen Staaten - mit Ausnahme von Kuba - ihre Unterschrift unter ein Abkommen setzten, das die Errichtung einer Freihandelszone der amerikanischen Staaten (FTAA) unter Einbeziehung von Nord-, Zentral- und Südamerika sowie der Karibik bedeutet. Aber die Globalisierung, die dieses Abkommen widerspiegelt, befand sich bereits in einer Legitimationskrise. Die Globalisierung wurde durch zahlreiche Aktionen von nicht unbedeutenden Teilen der Jugend, der ArbeiterInnen und von UmweltschützerInnen herausgefordert.

Die weltweiten anti-kapitalistischen Proteste sind zwar eher eine instinktive und spontane Reaktion auf den Horror des Neoliberalismus, wurden aber zweifellos durch die ideologischen Angriffe, die von SchriftstellerInnen, AktivistInnen, PhilosophInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen vorgebracht wurden angeheizt. Unter den bekanntesten von ihnen sind Naomi Klein, Viviane Forrester, Pierre Bourdieu und Walden Bello. Alle haben an den Auswirkungen neoliberaler Politik sowohl in den industrialisierten Ländern als auch in ärmsten Gebieten der Welt brennende Kritik geäußert.

Die Entwicklung bestätigt jene Analyse, die das CWI bereits Anfang der 1990er als Antwort auf die nichtssagend Idee von Francis Fukuyama entwickelte hatte als dieser meinte, wir hätten das "Ende der Geschichte" erreicht. Damals analysierte das CWI, dass das Vertauen in eine sozialistischen Alternative zum Kapitalismus durch die Auswirkungen des Sturzes der Berliner Mauer 1989, durch die darauf folgende konsequente Liquidierung

der geplanten Wirtschaft aber auch durch die abscheulichen stalinistischen Regimes stark beschädigt worden war. Dies alles ermöglichte den herrschenden Klassen die Durchführung einer geradezu fanatischen ideologischen Kampagne: Ziel war es den Sozialismus zu diskreditieren und die Vorstellung, es gäbe keine Alternative zum Kapitalismus, wieder zu verankern.

Diese Kampagne war eine notwendige Voraussetzung für die brutale Anwendung und die Verstärkung neoliberaler Politik. Eine weitere Auswirkung, und nicht eine der unwichtigsten, war die vollständige Kapitulation der Führung der ehemaligen ArbeiterInnenmassenparteien und der rechten Gewerkschaftsführungen vor den Ideen des Marktes. Das die Opposition zur Globalisierung nun nicht von ihnen, sondern in erster Linie von Menschen kommt, die offiziell außerhalb der traditionellen ArbeiterInnenorganisationen stehen und die deren Rolle auch unterbewerten, stellt diesen ehemaligen ArbeiterInnenführerInnen ein vernichtendes Zeugnis aus.

Wir haben damals darauf hingewiesen, dass sich in den Anfängen der Widerstand gegen die Auswirkungen der kapitalistischen und insbesondere der neoliberalen Methoden richten wird. Später würde sich eine breitere anti-kapitalistische Bewegung entwickeln aus der heraus eine sozialistische Kritik des Systems käme. Die gegenwärtige weltweite anti-globalisierungs/anti-kapitalistische Bewegung bestätigt diese Analyse. Im Moment handelt es sich eher um eine Stimmung als um eine Bewegung, mit verschiedenen Zugängen, darunter auch relevante sozialistische Organisationen. ÖkologInnen, UmweltschützerInnen und andere haben sich der Bewegung angeschlossen. Die anti-kapitalistischen Proteste haben viele junge Leute angezogen, die keinen klaren philosophischen Ansatz oder gar eine politische Alternative zu Kapitalismus haben.

Diese Bewegung stellt einen Fortschritt dar. Sie ist anders als jene, die sich in den 1990er Jahren entwickelten. Damals waren es Bewegungen zu einzelnen Fragen, es wurden die schädlichen Effekte des Kapitalismus hervorgehoben, allerdings meist nur auf einen Bereich beschränkt. Im Gegensatz dazu stellt die aktuelle Bewegung den ersten Versuch eines verallgemeinerten Widerstandes gegen das System an sich dar. Sie ist sich einerseits

im Klaren darüber, was sie nicht mag, wogegen sie in Opposition ist, aber andererseits herrscht Unklarheit oder Alternativlosigkeit darüber, wodurch das System zu ersetzen sei. Aber verschiedene Ereignisse und insbesondere gewaltige Ereignisse wie die sich abzeichnende weltweite Rezession oder Krise, können diese Bewegung in eine sozialistische Richtung treiben.

Die Diagnose des Neoliberalismus

Es ist offensichtlich, dass eine neue Generation entstanden ist, die nach sozialistischen Ideen sucht. Aber eines der wichtigsten Hindernisse dafür, dass sie eine tatsächliche Alternative aufgreifen können, sind genau jene TheoretikerInnen die anfangs eine wichtige Rolle bei der Verstärkung der anti-globalisierungs-Bewegung gespielt haben.

Ihr Schwachpunkt ist nicht die Diagnose des Horrors neoliberaler Politik. Die französische Schriftstellerin Viviane Forrester zum Beispiel prangerte bereits 1996 in ihrem Buch *L'horreur Economique* (Der Terror der Ökonomie) die brutale "Kultur von Scham" in Bezug auf Arbeitslosigkeit an. Quasi als "Stimme der Stimmlosen", also der Arbeitslosen, kritisierte sie ein System, das "eine wirtschaftliche Welt geboren hat das eine Obszönität und eine Beleidigung der menschlicher Natur ist".

Wütend über die Realitäten der kapitalistischen Wirtschaft argumentierte sie: "Der wirtschaftliche Neo-Liberalismus bietet den Schwächsten in unserer Gesellschaft eine völlig neue Auswahl an: Armut mit Arbeitsplatz oder Armut ohne Arbeitsplatz".

Interessanterweise forderte sie die Übernahme einer traditioneller Klassenterminologie, die in Folge des Zusammenbruches des Stalinismus durch die Diskreditierung von sozialistischen Ideen auf Eis gelegt worden war. Sie schrieb: "Wie viel Begriffe werden nicht mehr verwendet: ‚Gewinn‘ ist sicher einer davon, aber zum Beispiel auch ‚Proletariat‘, ‚Kapitalismus‘, ‚Ausbeutung‘, und sogar ‚Klassen‘ als Bindeglied zu ‚Kampf!‘" Sie beschwert sich: "Sind diese Begriffe verboten oder haben sie ihre Bedeutung verloren weil ein monströses totalitäres Unternehmen sie benutzte und auch noch geförderte hat?... Ist alles durch den Stalinismus ausgemerzt wor-

den bis zu jenem Punkt, wo nichts anderes als die Stille der Fürsprecher, der Gebieter, jener der interpretieren und sogar der Berufsredner zugelassen ist? Werden wir ihnen erlauben, jene Stille zu bestimmen, jene Amputationen der Sprache die die Gedanken verstümmelt?"

In einer philosophischeren Art und Weise zieht Pierre Bourdieu über das, was er als "Utopie des Neoliberalismus" bezeichnet, her. 1998 prangerte er, allerdings ohne diesen Begriff zu verwenden, das Parasitentum des modernen Kapitalismus, insbesondere des Finanzkapitals, an: "Die Globalisierung der Finanzmärkte verbunden mit dem Fortschritt in der Informationstechnologie, ermöglicht eine nie dagewesene Beweglichkeit des Kapitals. Es gibt insbesondere jenen Investoren, deren Hauptaugenmerk auf der kurzfristigen Rentabilität ihrer Anlagen liegt die Möglichkeit, ständig die Rentabilität der größten Unternehmen zu vergleichen und in Folge davon die relative Rückschläge dieser Unternehmen zu bestrafen. Angesichts dieser permanenten Bedrohung müssen die Unternehmen selbst stärker und schneller auf die Erfordernisse des Marktes reagieren um ‚das Vertrauen des Marktes‘ wie sie es nennen sowie die Unterstützung ihrer Aktionäre nicht zu verlieren."

Das jüngste Beispiel für die Tendenz des Kapitalismus "Gewinne zu maximieren" ist die Entlassung von fast 2.000 Beschäftigten beim französischen Unternehmen Danone (2001) - die "Diktatur des Marktes" hatte entschieden, dass die Profitrate von 7,9 % nicht ausreichend war. Bourdieu prangert diese Beispiele von "Sozial-Darwinismus" an, ruft aber zu einer sozialdemokratischen Alternative auf, für Eingriffe des Staates und der "Gesellschaft", aber alles innerhalb der Grenzen des Kapitalismus.

Viviane Forrester erhielt eine Ermahnung des liberalen französischen Wirtschaftswissenschaftlers Alain Minc, dem Chef von Le Monde, der ihr Buch als "Müll" zurückwies. Er erklärte ihr: "Ihr Buch ist eine talentierte Meinungsumfrage. Es ist ein Bestseller weil es mit den Ängsten der Menschen spielt. Aber es wären weit weniger Exemplare verkauft worden, wenn es von Robert Hué (dem Vorsitzender französischen "Kommunistischen" Partei, Anm.) unterschrieben worden wäre." Aber Minc hat den offensichtlichen Punkt übersehen, nämlich dass nicht so viele Exemplare verkauft worden

wären, wenn diese "Ängste der Menschen" nicht existieren würden - und die sind in Frankreich wie überall anders auch die Folgen des Neoliberalismus. Während sie aber einerseits geschickt den Neoliberalismus anprangert mußte Viviane Forrester andererseits leider neulich im deutschen Fernsehen eingestehen, dass sie keine Alternative zum gegenwärtigen System hat.

Susan George und Walden Bello, wie auch Naomi Klein, haben zwar den Kapitalismus und die Institutionen des Kapitalismus angeklagt, aber ohne einer brauchbare Alternative jenseits des Kapitalismus anzubieten. Insbesondere Susan George hat auf die Veränderungen der herrschenden Ideen und Politik des Kapitalismus heute im Vergleich zur Situation nach 1945 hingewiesen. Sie weist korrekterweise darauf hin, dass die vorherrschende Sichtweise damals - sogar des dominierenden Flügel des Kapitals - sich an keynesianische Ideen orientierte. Also das die Auf- und Abschwünge des Kapitalismus durch staatlichen Eingriffe und durch Staatsausgaben in den Griff zu kriegen wären. Die ArbeiterInnenbewegung war damals entweder für sozialdemokratische oder christlich-soziale Ideen oder für verschiedene Schattierungen des "Marxismus".

Der Internationale Währungsfond (IWF) wurde ursprünglich als eine "fortschrittliche Institution" gesehen, dessen Politik es war Volkswirtschaften "freizukaufen" indem Gelder hineingepumpt wurden um sie zahlungsfähig zu halten indem "Vorübergehende Ungleichgewichte bei Zahlungsproblemen ausgeglichen" wurden. Susan George beklagt die Tatsache, dass sich all dies in den letzten 20 Jahren gänzlich verändert hat. Was sie aber nicht sieht ist, dass der Wechsel in der Politik durch die Veränderung der objektiven Lage des weltweiten Kapitalismus bestimmt wurde, durch das Ende des "goldenen Zeitalters" des Kapitalismus mit der Krise von 1974/75, die die Basis für die neoliberale Politik legte.

Ende der 1960er und Anfang der 1970er sehen wir die Diskreditierung keynesianischer Politik und eine Wechsel bei den herrschenden kapitalistischen Regierungen. Keynesianismus hatte zu rasender Inflation und wachsenden Haushaltsdefiziten geführt. Ironischerweise setzte gerade die Labour-Regierung in Britannien (1974-79) als erste ein Programm von harten Kürzungen bei den

Staatsausgaben und die strenge Kontrolle des Geldangebotes auf die Tagesordnung. Susan George weist sehr gut auf die Folgen dieser Politik in Britannien hin: "Im Britannien vor Thatcher (vor 1979) wurde eineR von zehn als unter der Armutsgrenze lebend eingestuft, kein glänzendes Ergebnis aber in der Entwicklung der Nationen durchaus ehrenwert und viel besser als in der Vorkriegszeit. Heute ist eineR von vier und jedes dritte Kind offiziell arm."

Ihre Kritik der internationalen Trends innerhalb des Kapitalismus ist niederschmetternd. Sie zitiert einen chinesischen Philosophen, der meinte "Am wichtigsten ist es nicht zu konkurrieren" und schreibt: "Die einzigen Akteure in der neoliberalen Welt, die seinen Rat ernstgenommen zu haben scheinen, sind die größten von allen, die transnationalen Unternehmen. Das Prinzip der Konkurrenz trifft für sie kaum zu; sie ziehen es vor das zu praktizieren was wir als Allianz-Kapitalismus bezeichnen. Es ist kein Zufall das, abhängig vom Jahr, zwei Drittel bis drei Viertel des gesamten Geldes, das unter dem Label 'direkte Auslandsinvestitionen' läuft nicht Arbeitsplatz schaffend investiert wird, sondern für Fusionen und Übernahmen, die fast ständig in Arbeitsplatzverlusten resultieren."

Sie räumt mit der Idee auf, dass Globalisierung fortschrittlich wäre: "Die großen Unternehmen behaupten unisono, dass ihre Art von Globalisierung gut für jeden sei.... Diese Unternehmen sind nicht Beschäftigungs-freundlich oder Umwelt-freundlich sondern interessieren sich nur für en Shareholder-Value. Es ist also keine Überraschung, daß die Globalisierung im Stile des Neoliberalismus nicht für jeden gut ist: seit Anfang der 1990er sind in den Vereinigten Staaten die durchschnittliche Unternehmensgewinne um 108 % gestiegen, der Standard and Poor Börsen-Index stieg um 224 % und die Ausgleichszahlungen für Aufsichtsratsvorsitzende sind um enorme 481% gestiegen. Während der gleichen Periode sind die durchschnittliche Jahreseinkommen für ArbeiterInnen nur um 28 % gestiegen, kaum mehr als die Inflation... Studien sowohl der UNCTAD als auch der Universität der Vereinigten Nationen zeigen, daß die Ungleichheiten in den meisten Ländern unaufhaltsam ansteigt, egal ob in China, Rußland, Lateinamerika oder im Westen. Fünfundachtzig Prozent der Weltbevölkerung leben heute in Ländern, wo

die Ungleichheit nicht zurückgehen, sondern steigt."

In ihrer Grußbotschaft an das "World Social Forum" in Porto Alegre im Januar 2001 schien sie viele weiter zu gehen als in der Vergangenheit. Schärfer kritisierte sie "die Mega-Unternehmen und die Finanzmärkte die (die) ultimative Verkörperung des Weltkapitalismus sind. Sie sind die wirkliche Gefahr und ihre Führer treffen sich in diesem Augenblick in Davos."

Besonders wichtig war ihre Erklärung: "Das Kapital gibt niemals etwas bereitwillig an die ArbeiterInnen ab, die dominierenden Klassen geben ihre Privilegien und ihre Macht niemals ohne Kampf auf und sie sind immer gierig, mehr zu bekommen; die Umwelt wird nicht geschützt werden, bloß weil es vernünftiger wäre es zu tun, und es wäre Torheit zu glauben, daß die demokratischen Errungenschaften früherer Kämpfe einmal gewonnen für immer fix wären. Während es stimmt, dass wir lange und genau darüber nachdenken müssen, wer heute unsere Verbündeten sind oder in Zukunft sein könnten, eben weil sich die Natur gesellschaftlichen Klassen in den vergangenen 150 Jahren offensichtlich verändert hat, so haben doch die alten Vorstellungen vom Verhältnis der Kräfte und vom Klassenkampf ihre Relevanz nicht verloren."

Walden Bello hat den Vorteil, dass er nicht nur ein Kommentator ist, sondern auch ein Aktivist in der Bewegung gegen Marcos Gewaltherrschaft auf den Philippinen war. Er ist jemand, der heute jenen Ärger artikuliert, der in der neo-kolonialen Welt so präsent ist. Er sagte die asiatische Krise von 1997-98 vorher, die er als das "Stalingrad des IWF" bezeichnete, womit er meinte, dass dies der Anfang vom Ende des IWF war.

Welche Alternative zum Kapitalismus?

Susan George, Walden Bello und Naomi Klein - die eine brennende Anklage über die Auslagerungen aus westlichen kapitalistischen Länder in die neo-koloniale Welt, wo es zur Superausbeutung der dortigen Arbeitskräfte kommt, schrieb - haben wertvolle Beiträge dazu geliefert neo-liberale Politik anzuprangern. Aber Susan George hatte

Unrecht als sie in ihrer Rede in Porto Alegre behauptete, der Neoliberalismus und seine Politik - die Anwendung neuer Technologie, Privatisierungen, das Absenken der Löhnen, Teilzeitarbeit, etc - seien "völlig künstlich geschaffen". Diese Politik erwuchs aus den zum größten Teil unbewußten wirtschaftlichen Entwicklungen in Kapitalismus selbst heraus, beginnend in den späten 1970ern. In größerem Umfang wurden sie in den frühen 1980ern und insbesondere in den 1990ern eingeführt. Stark verbessert wurden die Möglichkeiten der Kapitalisten diese Politik auszuführen durch den Zusammenbruch der Staaten in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion und dadurch, dass die ex-sozialdemokratischen und ex-"kommunistischen" Anführer der Massenorganisationen der ArbeiterInnen sich ideologisch der "Diktatur des Marktes" verpflichteten.

Ein wichtigeres Versäumnis von Susan George und anderen ist, das diese SchriftstellerInnen und DenkerInnen keine brauchbare Alternative anbieten. Auf der einen Seite zeigte Susan George eine gewisse grundsätzliche internationalistische Haltung als sie in ihrer Rede in Porto Alegre erklärte: "Machen wir klar, daß wir ‚Pro-Globalisierung‘ sind, wir sind dafür, Freundschaft, Kultur, Kochkunst, Reisen, Solidarität, Reichtum und Ressourcen weltweit zu teilen. Wir sind vor allem ‚Pro-Demokratie‘ und ‚Pro-Planet‘, was unsere Gegner eindeutig nicht sind."

Aber trotz dieses Ausspruches und trotz der Vorher angeführt Entlarfung der Kapitalisten - wer wird keine Zugeständnisse ohne einen denkwürdigen Kampf machen - ihre Vorschläge für die sich entwickelnde Bewegung überschreiten die Grenzen des System selbst nicht. Sie z.B. Mitglied von ATTAC, das in Frankreich entstand ist und die prominenteste Verfechterin der Tobin-Tax ist. Wir würden diese - wie jeden Versuch Unternehmenssteuern, Vermögenssteuern und die Besteuerung der Reichen zu erhöhen - unterstützen. Aber - wenn überhaupt irgendwo - dann stand ATTAC in Porto Alegre am rechten Rand der Konferenz. Sie waren es, die zu diesem Ereignis die französischen "sozialistischen" Minister einluden und auch ex-Minister Chevenement, der von den TeilnehmerInnen rundweg ausgebuht wurde. Susan George erklärte bei dieser Versammlung auch: "Es tut mir leid, es zuzugeben, aber ich habe nicht die leiseste Idee davon was ‚der Sturz des Kapitalismus‘ im frühen 21. Jahrhundert

bedeutet. Vielleicht werden wir das sehen, was der Philosoph Paul Virilio als den ‚globalen Unfall‘ bezeichnet hat, aber das wäre sicherlich mit enormem menschlichen Leid verbunden. Wenn alle Finanzmärkte und Börsen plötzlich zusammenbrechen, würden Millionen auf die Straße geworfen wenn große und kleine Firmen scheitern, das Schließen von Banken würde die Kapazität der Regierungen, Katastrophe zu verhindern weit übertreffen, Unsicherheit und Verbrechen würden explodieren und wir würden uns in der hobbesianischen Hölle des Krieges jeder gegen jeden wiederfinden. Nennen Sie mich Reformistin wenn Sie mögen - ich möchte so eine Zukunft vermeiden."

Um ihre unsozialistische Herangehensweise zu rechtfertigen stellt sie Strohmänner auf, um jene " SozialistInnen und MarxistInnen" anzuprangern, die angeblich gegen Reformen sind. Sie schreibt: "Wenn man von der Voraussetzung beginnt, daß es unmöglich ist, das zu bekommen, was man wirklich will, dann wird man es gar nicht versuchen. Während des Kampfes gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) argumentierten die Gewerkschaften im gewerkschaftlichen Beratungskomitee der OECD - dem TUAC - dass das MAI ohnehin durchgeführt werden würde, so das sie bestenfalls versuchen wollten, eine Sozialklausel zu erlangen. Abgesehen von der Tatsache daß eine Sozialklausel im MAI bedeutungslos gewesen wäre, spiegelte diese Einstellung die Demoralisierung der ArbeitInnenbewegung wider. Wir haben das MAI letztlich besiegt, leider ohne Beteiligung von all diesen Gewerkschaften, obwohl einige abtrünnige Gewerkschaften sehr wichtig waren. Laßt uns immer nach dem Maximum streben. Manchmal bedeutet ‚Realismus‘ das zu Fordern, was auf den ersten Blick unmöglich scheint."

Sie klagt auch über "einige linksgerichteter MEPs (Abgeordnete zum europäischen Parlament, Anm.) (die) es ablehnten, für eine Durchführbarkeitsstudie für die Tobin-Tax auf internationale Währungsgeschäfte zu stimmen, unter dem Vorwand, dass die TobinTax den Kapitalismus bloß verändern würde, wohingegen sie beabsichtigten, den Kapitalismus ganz zu stürzen. Wegen ihre wenig negativen Stimmen scheiterte der Antrag". Es war rechte Gewerkschaftsführer, nicht SozialistInnen oder MarxistInnen, die ablehnten, zu kämpfen und die Susan George

korrekterweise kritisiert. Wenn linke MEPs gegen eine Reform, und das ist die Tobin-Tax eindeutig, gestimmt hätten, dann wäre das ein Fehler. SozialistInnen und MarxistInnen unterstützen die Tobin-Tax, so begrenzt sie auch ist, wie jede Vermögensteuer für die Reichen. Aber gleichzeitig würden wir darauf hinweisen, was dies auf einer kapitalistischen Basis mit sich bringen würde.

ATTAC und Susan George haben beeindruckende Zahlen produziert um den Reichtum aufzuzeigen, der durch eine in Prozentpunkten sehr kleine Einführung der Tobin-Tax gebildet erzeugt werden würde um Armut überall in die Welt zu lindern. Aber wer würde eine solche Steuer einführen? Wie kann die Einführung einer solchen Maßnahme in einer Welt von unkontrollierten Kapitalströmen, wo die nationale Regierungen unfähig sind, sie zu kontrollieren, getrennt werden von der Notwendigkeit von breiteren, sozialistischen Maßnahmen? Als die Labour-Regierung 1964 eine sanfte Unternehmenssteuer einführte, trat die britische herrschende Klasse in einen "Kapitalstreik". Weil jene Regierung innerhalb der Grenzen des Kapitalismus blieb, war sie gezwungen zurückzuweichen und die Steuer soweit zu verwässern, bis sie vollkommen harmlos wurde. Ohne ein staatliches Monopol des Außenhandels und die Verstaatlichung der Banken, zuerst auf nationaler und dann auf internationaler Ebene wäre eine Tobin-Tax völlig unwirksam. Es wäre wie zu Versuchen, die Klauen eines wilden Tigers "friedlich" herauszuziehen.

Walden Bello erklärt offen seine Unterstützung für sozialdemokratische Maßnahmen: "Wir reden überdies über eine Strategie, die bewußt die Logik des Marktes, das Streben nach Kosteneffizienz den Werten von Sicherheit, Gerechtigkeit und sozialer Solidarität unterordnet. Wir sprechen, um die Worte des großen sozialdemokratischen Gelehrten Karl Polanyi zu benutzen, über das Wiedereinbetten der Wirtschaft in die Gesellschaft statt das die Gesellschaft von der Wirtschaft getrieben wird."

ATTAC und Walden Bello fordern die Reform oder das "Neutralisieren" von IWF und WTO. Wir hingegen fordern ihre vollständige Beseitigung. Auch wenn dies geschehen sollte und der Kapitalismus noch intakt geblieben wäre, würde er einen Weg finden, die gleiche Politik in einer anderen Form durchzu-

führen. Bello teilte den in Davos versammelten Unternehmern via Fernsehkonferenzschaltung geistreich mit, das sie der Welt nützen könnten, wenn sie sich ins Weltall schießen würden. Aber selbst wenn sie diesem Vorschlag nachkommen würden, würde der Kapitalismus innerhalb seiner Reihen genügende Ersatz für sie finden. Es ist nicht der einzelne Kapitalisten sondern ihr System von Produktion und Organisation der Gesellschaft, das das Problem ist.

Walden Bello, obwohl ein scharfer Kritiker der Globalisierung, beschränkt sich doch programmatisch darauf zu versuchen, das System von innen zu verändern. Dies soll erreicht werden durch die "De-Konzentration und De-Zentralisierung der institutionellen Macht und die Schaffung eines pluralistischen Systems von Institutionen und Organisationen, die aufeinander einwirken gelenkt durch breite und flexible Abkommen und durch Verständnis". Er greift zurück zu der Periode von 1950-70, die seiner Meinung nach der häßlichen Wirklichkeit des heutigen globalisierten Kapitals vorzuziehen ist. Er preist das Allgemeine Abkommen über Tarife und Handel (GATT) "das in seiner Macht begrenzt, flexibel, und rücksichtsvoller bezüglich des besonderen Status von Entwicklungsländern war". Aber in jener Phase von 1950-75 erlebte der Kapitalismus den größten wirtschaftlichen Aufschwung in seiner Geschichte. Das GATT kümmerte sich hauptsächlich um den Versuch des Kapitalismus, die Beschränkung durch die Nationalstaaten zu überwinden, was teilweise gelang. Das war ein wichtiger Faktor der diesen Aufschwung angetrieben hat. Gleichzeitig wurden die "Entwicklungs"-Länder durch die ungleichen Preise zwischen Rohstoffen und Industriegütern benachteiligt. Jene Periode erscheint nur sehr relativ besser in Bezug auf das Elend, unter dem die Massen in der neo-kolonialen Welt heute leiden. Diese Periode war überdies alles andere als ruhig, weder in der neo-kolonialen Welt noch in den entwickelten Industrieländern. Es war eine Ära beispielloser nationaler und sozialer Aufstände in Afrika, Asien und Lateinamerika. Gleichzeitig sahen wir während dieses Booms und wegen der Widersprüche die er nach oben schwemmte sogar in den "entwickelten" Industriestaate massive soziale Erhebungen, einschließlich des größten Generalstreiks in der Geschichte Frankreichs 1968.

Bello schlägt eine Kombination von Maßnahmen gegen die kapitalistischen Institutionen vor, entweder "a) sie ihrer Aufgabe zu entheben b) sie zu neutralisieren (d.h. den IWF in eine reine Forschungsinstitution umzuwandeln, die die Wechselkurse bei globalen Kapitalströmen beobachtet); oder c) ihre Macht radikal zu reduzieren und sie nur in eine weitere Gruppe von Akteuren zu verwandeln, die nebenher besteht und durch andere internationale Institutionen, Abkommen und regionale Gruppierungen überprüft würde". Dies würde die Stärkung von kapitalistische Institutionen auf regionalen Niveau bedeuten wie "UNC-TAD, multilaterale Umwelt-Abkommen, der Internationale Arbeitsorganisation, die sich entwickelnden wirtschaftlichen Blöcke wie Mercosur in Lateinamerika, SARC in Südasien, SADCC im südlichem Afrika, und ein wiederbelebter ASEAN in Süd-Ost-Asien."

Mit anderen Worten: Bello möchte die internationalen Institutionen des Kapitalismus durch lokale oder regionale kapitalistische Blöcke austauschen. Das Problem, dem sich aber die Völker von Asien, Afrika und Lateinamerika gegenübersehen ist nicht allein der Imperialismus sondern auch die einheimische Großgrundbesitzer und die kapitalistischen Regimes und ihre Versuche, sich in Blöcken wie Mercosur zusammen zu schließen. Sie sind unfähig die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in ihren eigenen Ländern oder Gebiet zu lösen und sind seit 1989-90, mehr als in irgendeine anderen früheren Periode, vor der wirtschaftlichen Macht des globalisierten Kapitalismus auf dem Bauch gekrochen.

In seinen Vorschlägen für die "De-Globalisierung" geht Bello nicht über Versuche hinaus, den Markt zu reformieren und seine widerwärtigsten Merkmale zu beseitigen. Dies beinhaltet auch eine utopische Wendung weg von "Produktion für Export hin zu Produktion für den hiesigen Markt". Er schlägt auch vor, daß die neo-koloniale Welt ablehnt, "abhängig zu werden von ausländischen Investitionen und ausländischen Finanzmärkten" und schlägt "eine Neuverteilung des Einkommens und des Landes" vor. Diese letzte Forderung kann innerhalb der Grenzen der herrschenden Regimes von Großgrundbesitzern und Kapitalisten in der neo-kolonialen Welt nicht erfüllt werden. Nur eine soziale Revolution die durch die ArbeiterInnenklasse geführt wird

und die arme Bauernschaft hinter sich mobilisiert, könnte der enteigneten ländlichen Bevölkerung in Asien, Afrika und Lateinamerika Land geben. Aber einmal an die Macht gekommen müsste, wie es die Russische Revolution gezeigt hat, eine Regierung von ArbeiterInnen und den Armen zu den sozialistischen Aufgaben übergehen, zuerst das Vermögen des Imperialismus und dann des morschen einheimischen Kapitalismus zu übernehmen.

Statt eines Programmes gegen den globalen Kapitalismus schlägt Bello vor "weniger Betonung auf Wachstum zu legen und Gerechtigkeit zu maximieren um Ungleichgewicht der Umwelt radikal zu reduzieren". Diesen Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, teilt Bello mit vielen in der Bewegung, insbesondere dem Umwelt- und dem ökologischen Flügel. Aber die Fakten und Zahlen die von Susan George, Bello selbst und andere genannt werden, zeigen dass das Problem nicht übermäßiger Reichtum ist sondern im Gegenteil der Mangel an Reichtum für die Mehrheit, massive und noch wachsende Ungleichheit zwischen reich und arm, Armut und völliges Elend, insbesondere in der neo-kolonialen Welt. Ein Programm das es zum Ziel hat Wachstum zu verhindern ist nicht die Lösung. Eine großartige Entwicklung der Produktivkräfte ist nicht nur möglich sondern notwendig als Vorbedingung um die Mehrheit der Menschen aus dem Elend zu ziehen in das der Kapitalismus sie gezwungen hat. Es ist möglich gleichzeitig Wirtschaftswachstum zu haben und Umwelterhaltende und schützende Maßnahmen zu setzen. Aber dies bedeutet das die Menschheit die Ressourcen dieses Planeten teilt und das ist nur möglich wenn die Produktion national, kontinental und im Weltmaßstab geplant und organisiert wird.

Die Anti-Kapitalisten und der Marxismus

Dies wirft die Frage von weltweitem Sozialismus auf. Der globale Kampf dafür ist die wirkliche Antwort auf den globalisierten, habgierigen Kapitalismus. Die führenden DenkerInnen der Bewegung weigern sich, das zu akzeptieren. Einige wie z.B. Naomi Klein erkennen den historischen Beitrag des Marxismus an: "Ich lehne Marx bestimmt nicht ab. All dieser Aktivismus wird von Marx so

erfüllt". Gleichzeitig ist ihre Philosophie ein eklektisches Gebräu von "einem kleinem Stück Marxismus, einem kleinem Stückchen Sozialismus, Umweltschutz, Anarchismus und viel Inspiration". Sie kritisiert korrekterweise den dogmatischen "Marxismus", der in jeder Bewegung eine bloße Wiederholung der Vergangenheit sieht: "Weißt Du, da draußen gibt es auch andere Ideen - ältere Ideen und brandneue Ideen. Vielleicht können wir etwas schaffen, was neu ist und besser als alles was wir vorher gehabt haben und sich mit einigen der Fehler der Vergangenheit beschäftigt - das uns als ganze Menschen sieht". Echter Marxismus ist nicht ein Satz starrer Formeln, der dogmatisch in jeder Situation vorgetragen wurde. Ein lebenswichtiger Aspekt ist es, von den Kämpfen der Jugend und der ArbeiterInnen zu lernen aber gleichzeitig zu versuchen, diese in einer programmatischen Form zu verallgemeinern.

Wir teilen einige von Naomi Kleins Ansätzen. In ihrem Buch "No Logo" hat sie sich einfallsreich mit jener neuen Generation, die anfängt, gegen die Macht der Firmen zu opponieren, verbunden, inklusive einiger, die zunehmend anti-kapitalistisch sind und nach sozialistische Lösungen suchen. Aber sie hat unrecht wenn sie sagt: "Die größte Schwäche der sozialistischen und marxistischen Linken war, dass sie die Menschen nur als ArbeiterInnen behandelt, genauso wie der Kapitalismus uns nur als KonsumentInnen behandelt. Aber das ist nicht die Art, wie wir uns sehen. Wir sehen uns als etwas vollständigeres als das. Wir wollen mehr Integration. Wir wollen eine Bewegung, die mehr Raum für unsere ganzen Selbst hat, für unsere kreativen Selbst, für gemeinsame Spiritualität und den ganzen Rest."

Der "Marxismus" den Naomi Klein Angreift ist eine Karikatur der wirklichen und ursprünglichen Ideen des Marxismus. Die ArbeiterInnenklasse ist die wichtigste Kraft in der Gesellschaft, die jene Änderung herbeiführen kann, nach der die Bewegung gegen den globalen Kapitalismus sucht. Sie sind die Mehrheit in der Gesellschaft und sie sind nicht nur ProduzentInnen sondern auch machen auch den Großteil der "KonsumentInnen" aus. In Naomi Kleins falschen Ausführungen finden wir die Einstellung einer Generation wieder die vom Stalinismus und seinem historischen Vermächtnis abgestoßen ist. Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion waren geplante Wirtschaften die einerseits bei der Entwicklung

der Gesellschaft und bis zu einem gewissen Maß auch des Lebensstandards der Menschen ihre Vorteile zeigte. Aber der Stalinismus belastete die Gesellschaft auch mit einem totalitärem Ein-Parteien-Regime, das nichts mit Sozialismus zu tun hatte. Wir streben den Aufbau einer Gesellschaft an, wo die Produktionsmittel, die riesigen Firmen, die das Leben der Mehrheit auf diesem Planeten kontrollieren, im Besitz der Mehrheit stehen und von dieser demokratisch kontrolliert werden.

Dies aber ist unvorstellbar wenn nicht gleichzeitig die breiteste mögliche Demokratie existiert. Die "VertreterInnen" der Menschen und jene die für Verwaltungstätigkeiten zuständig sind wären verantwortlich, sie könnten jederzeit abgewählt werden und erhalten ein Einkommen das nicht höher ist als das von durchschnittlichen ArbeiterInnen. Naomi Klein ist heute der Meinung das die Tage der "reine repräsentativen Demokratie zu Ende gehen". Völlig korrekt argumentiert sie, dass die etablierten westlichen politischen Parteien "am Gängelband transnationaler Firmen" hängen. Aber die "goldene" Periode des Kapitalismus, in dem "reine repräsentative Demokratie" geherrscht hätte gab es nie. Kapitalistische Demokratie, so formulierte es Leo Trotski einmal, ist dort, wo man solange sagen kann, was man mag, solange dann doch die Kapitalisten entscheiden. Naomi Klein liegt leider falsch, wenn sie meint, dass "direkte Aktionen alles sind, was zwischen Exxon und den Naturreservaten in Alaska übrig geblieben ist". Die höchste Form von "direkter Aktion" ist - im Gegensatz zu "Aktionen ohne Richtung" - die Massenmobilisierung der ArbeiterInnenklasse im Kampf, bei Streiks, Massendemonstrationen, beim Generalstreik und wenn die ArbeiterInnenklasse die Macht aus den Händen einer winzigen Gruppe von Milliarden in die eignen Hände nimmt.

Eine unvollständige, spontane Bewegung ist, angesichts dessen was ihr vorrausging, bei der ersten Entwicklung der Bewegung unvermeidlich. Aber dann ist es notwendig, stärkere organisatorische Formen aufzubauen, demokratische Strukturen, die Öffnung für allen, die bereit sind, sich zu beteiligen und auf Basis eines Minimalprogramms, das beschlossen wurde und wo es möglich ist innerhalb verschiedene Aspekte einzubringen zu kämpfen - geschieht das nicht könnte diese großartige Bewegung in einer Sackgasse enden.

Die Mitglieder und UnterstützerInnen des DCWI, haben vom Beginn der ersten Bewegungen in London und Seattle, bei allen bedeutenden Demonstrationen teilgenommen und waren bestrebt, die anti-globalisierungs, anti-big-business und die Ökologie-Bewegung zu stärken. Gleichzeitig sind wir davon überzeugt daß die Zeit reif ist, über eine "anti-System" Stimmung hinauszugehen - hin zu einem ausdrücklich sozialistischen Ansatz. Auf Quebec folgen dieses Jahr große anti-kapitalistische Demonstrationen in Göteborg im Juni, Genua im Juli und Brüssel im Dezember. Diese Periode darf nicht nur für Organisierung der Demonstrationen und das Auftreten gegen die Repräsentanten des globalen Kapitalismus verwandt werden. Es sollte eine Periode intensiver Diskussion zwischen allen, die Teil der Bewegung sind, eröffnet werden. Das Ziel davon sollte programmatische Klarheit sein. Diese ist insbesondere notwendig, um die ArbeiterInnenklasse, die unter den Schlägen der kommend Rezession oder Krise in die Aktivität gezwungen werden wird, zu erreichen. Die Ideen der führenden SchriftstellerInnen und DenkerInnen dieser Bewegung bieten - zumindest bis jetzt - keine überzeugend Alternative die den Kapitalismus tatsächlich herausfordern und die Basis für eine neue, eine sozialistische, Welt legen könnte.

Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für Solidarität, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet.

Unsere Alternative heißt Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Ja, ich will SAV-Mitglied werden

Name

Straße

Postleitzahl und Ort

Telefon

Email

Beruf/Status

Geburtsdatum

Ich möchte einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von ____ DM zahlen.

Ich erteile der Sozialistischen Alternative (SAV) eine - jederzeit widerrufliche - Einzugsermächtigung über diesen Betrag.

Name des/der Kontoinhabenden

Kontonummer

Bank

Bankleitzahl

Bitte abgeben bei der örtlichen SAV-Ortsgruppe oder einsenden an: SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin. Falls keine Einzugsermächtigung auch Dauerauftrag an: VORAN, Kontonummer 2500 59 - 430 bei der Postbank Essen, BLZ 360 100 43

VORAN abonnieren!

VORAN ist die Monatszeitung der Sozialistischen Alternative - SAV. Wir bringen jeden Monat Berichte, Kommentare und Analysen, die sonst in keiner Zeitung erscheinen. In der VORAN schreiben regelmäßig Gewerkschaftsmitglieder und SozialistInnen aus aller Welt über die aktuellen Entwicklungen und Bewegungen in ihren Ländern. Wenn Du über die Entwicklung in der Gewerkschaftslinken informiert werden möchtest, die Wahrheit über die rot-grüne Bundesregierung erfahren und über die Aktivitäten der SAV lesen willst, dann abonniere die VORAN.

Email: savbund@t-online.de www.sav-online.de
Infotelefon: 030 / 24 72 38 02 Fax: 030 / 24 72 38 04

JA, ich möchte die VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo für eine monatliche Spende von
 10 DM 20 DM ____ DM
- zusätzlich ____ Exemplare zum Weiterverkaufen
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Name

Strasse, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Telefon

- Geschenk-Abo befristet (10 Ausgaben zu 25 DM) unbefristet
Das Abo bitte an folgende Adresse liefern:

Name

Strasse, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Ich ermächtige die Sozialistische Alternative e.V.

- jederzeit widerruflich -

- 25 DM für 10 Ausgaben
- DM für ein Förderabo (monatlich vierteljährlich)

von meinem Girokonto mittels Lastschrift einzuziehen

Name der Bank

Bankleitzahl

Kontonummer

Name des/der KontoinhaberIn

Datum, Unterschrift

Belagerungszustand

Der globale Kapitalismus
und die sozialistische Alternative

Stellungnahme des Internationalen Sekretariats des Komitees für
eine ArbeiterInneninternationale, Mai 2001

Verschiedene Formen antikapitalistischer Politik

von Peter Taffee, Generalsekretär der Socialist
Party, Sektion des CWI in England & Wales
erschienen in Socialism Today, Mai 2001

PREIS 4DM 28ATS



Committee for a
Worker's International



Sozialistische
LinksPartei



Sozialistische
Alternative